

BILDUNG REAL

Das Magazin des Verbandes Deutscher Realschullehrer und der Lehrkräfte an Schulen im Sekundarbereich

KRISENZEITEN

Zwischen heißem Herbst und kaltem Winter

6 | **BILDUNGSKONGRESS**
Moderne Schulen schaffen

15 | **AUSZEICHNUNG**
Jürgen Böhm wird mit
Bundesverdienstkreuz gewürdigt

28 | **BÖB-KONGRESS**
Ökonomische Bildung
qualitativ vertiefen

INHALT



6 VDR-Bildungskongress: Neue Wege für eine bessere Bildungszusammenarbeit



28 Viel Neues in Präsenz auf der didacta 2022



28 Fachleute aus Wissenschaft, Schule, Politik und Wirtschaft auf dem ersten bundesweiten BÖB-Kongress

EDITORIAL	4
IMPRESSUM	4
EINBLICKE UND AUSBLICKE	
Krisenschuljahr? Zwischen heißem Herbst und eiskaltem Winter	5
BILDUNGSKONGRESS: MODERNE SCHULEN SCHAFFEN	6
BESCHULUNG UKRAINISCHER SCHÜLER IN DEUTSCHLAND	12
„DIE SCHULE IST NICHT REPARATURWERKSTATT EINER KAPUTTEN GESELLSCHAFT“	
Jürgen Böhm im ZEIT ONLINE-Interview über Fachkräftemangel	14
BUNDESVERDIENSTKREUZ FÜR STÄRKUNG DER BILDUNG	
Jürgen Böhm erhält das Verdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland	15
DIE BESOLDUNG IM LÄNDERVERGLEICH	16
3 FRAGEN AN ...	
Thomas Leubner, Head of Siemens Professional Education at Siemens	20
ENDLICH – ARBEITSWIRKLICHKEIT ANERKANNT!	
Neuer Tarifabschluss für kommunale Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst	21
DIDACTA 2022	
didacta 2022 findet wieder in Präsenz statt und sendet starkes Signal	22
Die Podiumsdiskussionen – ein kleiner Auszug	24
Interview mit Andrej Priboschek und Jürgen Böhm	25
Didacta Verband wählt neuen Vorstand	26
ERSTER BUNDESWEITER BÖB-KONGRESS	
Ökonomische Bildung muss alle Kinder und Jugendlichen erreichen!	28
VDR-LÄNDERSPIEGEL	30
VDRJUGEND-SEMINAR IN KÖNIGSWINTER	
Gleiches unter Gleichen – VDRjugend nimmt Bedingungen zur Arbeit als Lehrkraft der einzelnen Bundesländer unter die Lupe	32

VDR-FRAUENVERTRETUNG

Fachtagung: Veränderungen erfolgreich bewältigen 33

MITGLIEDERVERSAMMLUNG DER BUNDESINITIATIVE DIFFERENZIIERTES SCHULWESEN WÄHLT NEUE VORSITZENDE

..... 34

AUS DEN LÄNDERN

Baden-Württemberg: Die Mitte macht's 37

Nordrhein-Westfalen: Pacta sunt servanda! 38

Bayern: Bildungspolitischer Empfang 2022 39

Rheinland-Pfalz: 10. Ingelheimer Fachkongress des VRB 41



32 Team VDRjugend, v.l.n.r.: Schriftführer Nico Cordes (VRB RLP), stv. Vorsitzende Tanja Heger (brlv), Vorsitzende Saskia Tittgen (VRB RLP) und René Michel (SLV)

Anzeige

Die Debeka-Gruppe

FÜREINANDER DA SEIN

Der wahre Wert einer
Gemeinschaft zeigt sich
in schwierigen Zeiten.



Traditioneller Partner
des öffentlichen Dienstes

Debeka

Das **Füreinander** zählt.

EDITORIAL



Waltraud Eder,
Chefredakteurin „Bildung Real“

Es bleibt ungewiss. Gewiss ist der Zusammenhalt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das neue Schuljahr hat für alle begonnen und wir sind wieder mittendrin im Alltag. Ein Alltag, der uns alle nach wie vor fordert. Mit dem 1. Oktober kamen neue – oder doch alte – Maßnahmen, die die Pandemie endgültig vertreiben sollen. Wir werden abwarten müssen, wie wir durch die nächste Zeit kommen werden und wie wir die Krisen im Land auch an den Schulen bewältigen werden.

Über den Sommer konnten wir zumindest im Verband wieder Fahrt aufnehmen und einige Veranstaltungen erleben und stattfinden lassen.

Unser Bildungskongress „Moderne Schulen schaffen“ des VDR mit unseren Partnern, der Friedrich-Naumann-Stiftung und GermanU15, unterstützt von der debeka und der BBBank, lockte in Berlin viele Bildungsinteressierte an und war bis auf den letzten Platz besetzt.

Die didacta fand in Präsenz in Köln statt und wir konnten zusammen mit unserem Landesverband lehrerNRW und mit BSW vor Ort punkten.

Auch unsere einzelnen Landesbünde konnten wieder aktiv werden und ihre Forderungen in Präsenz darlegen. Besonders wichtig war und ist das in den Ländern, die mit ihren Landtagswahlen auch die bildungspolitische Richtung vorgeben. Die Wahlen im Saarland, in Nordrhein-Westfalen und in Schleswig-Holstein haben bereits bewiesen, dass unsere Arbeit in den Verbänden mit Nachdruck weitergeführt werden muss. Das wird sich auch in Niedersachsen zeigen.

In den vergangenen Jahren konnten wir viel bewegen und wurden sichtbar sowohl in den Ländern als auch als Dachverband im Bund. Zusammenstehen und eine Linie bewahren wird weiterhin unser Motto bleiben.

Kurz: Wir lassen uns nicht beeindrucken von politisch-ideologischen Ideen, sondern setzen weiterhin auf Qualität, Leistung und Bildung in unserem Land.

Ihre Waltraud Eder,
Chefredakteurin

www.vdr-bund.de

IMPRESSUM

Herausgeber

Verband Deutscher Realschullehrer

Mitglied im Deutschen Beamtenbund (dbb) und im Deutschen Lehrerverband (DL)

Verband der Lehrerinnen und Lehrer im Sekundarbereich

Jürgen Böhm

Dachauer Str. 44 a · 80335 München

Tel.: +49 (89) 55 38 76

Fax: +49 (89) 55 38 19

info@vdr-bund.de

Verlag

Druckerei Humbach & Nemazal GmbH,
Ingolstädter Str. 102, 85276 Pfaffenhofen

Layout

Daniela Boudgoust, www.bizzdesign.de

Chefredakteurin

Waltraud Eder

Dachauer Str. 44 a · 80335 München

Tel.: +49 (1520) 1957242

eder@vdr-bund.de

Redaktionsteam

Bernd Bischoff, Sven Christoffer,
Dirk Meußner, Anna Katharina Müller

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers oder der Schriftleitung wieder.

Zuschriften

Beiträge, Zuschriften und Besprechungsstücke erbeten an die Schriftleitung. Für unverlangt eingesandte Beiträge wird keine Verantwortung, für unverlangt eingehende Bücher, Schriften oder Arbeitsmittel keine Verpflichtung übernommen. Rücksendung erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt. Alle Rechte, auch auszugsweisen Nachdrucks der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, bleiben vorbehalten.

Anzeigenverwaltung



A. V. I. Allgemeine Verlags- und Informationsgesellschaft mbH

Hauptstraße 68a

30916 Isernhagen

Tel.: +49 (05139) 98 56 59-0

Fax: +49 (05139) 98 56 59-9

info@avi-fachmedien.de

z. z. gültige Preisliste Nr. 11 vom 1.1.2020

Bestellungen und Adressänderungen

Druckerei Humbach & Nemazal GmbH,
Ingolstädter Str. 102, 85276 Pfaffenhofen

Bildmaterial

Soweit nicht anders gekennzeichnet, stammen die Fotos aus dem VDR-Archiv.

Erscheinungsweise

Die BILDUNG REAL erscheint 3 x jährlich.
Redaktionsschluss: 4 Wochen vor Erscheinen.

Bezugsbedingungen

Das Bezugsgeld ist für Mitglieder des VDR im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Inland: Jahresabonnement € 15,-
Einzelheft € 5,50 jeweils zuzüglich
Versandkosten. Alle Preise enthalten
die gesetzliche MwSt.

Ausland: Jahresabonnement € 18,-
zuzüglich Versandkosten und gesetzliche MwSt.

Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn bis zum 1. Dezember keine Abbestellung vorliegt.

Erfüllungsort und Gerichtsstand

Pfaffenhofen

**Redaktions- und Anzeigenschluss
für die Ausgabe Nr. 1–2/2023
ist der 18. Februar 2023**

EINBLICKE UND AUSBLICKE

KRISENSCHULJAHR? ZWISCHEN HEISSEM HERBST UND EISKALTEM WINTER

Nein, es ist nach drei (!) Corona-Schuljahren nicht vorbei. Im Gegenteil – neben der Pandemie sind in den vergangenen Wochen noch weitere Krisenherde hinzugekommen, die das Bildungssystem in unserem Land extrem unter Druck geraten lassen. Ja, wir haben einen Krieg in Europa, der viele Entwicklungen verschuldete und ja, wir stehen natürlich fest an der Seite der demokratischen Ukraine! Das vorweg.

Zunehmender Lehrkräftemangel aufgrund steigender Schülerzahlen (plus zehntausender Flüchtlingsschüler aus der Ukraine), fehlender Personalplanung und mangelnde Attraktivität des Lehrberufes lassen einige Länder und Schulformen zu Verzweigungsmaßnahmen greifen. Stunden werden gekürzt, ja ganze Schultage sollen wie in Sachsen-Anhalt wieder aus der Schule ausgelagert werden. Die Energiekrise in unserem Land lässt uns allen Ernstes darüber nachdenken, dass in Schulen und Universitäten die Temperaturen in Räumen heruntergefahren werden – es wird über kältebedingte Schließungen fabuliert. Eine neue Qualität erhält der soziale Druck in der Gesellschaft, der durch steigende Inflation, angeheizt (fast ein Wortspiel) durch die hohen Energie- und Treibstoffpreise, ständig wächst. Viele Menschen stehen finanziell mit dem Rücken an der Wand und das wirkt sich mit Sicherheit verheerend auf die Kinder und Jugendlichen aus. Und es trifft eben nicht nur den unteren Rand der Gesellschaft, der durch großzügige Heizkostenübernahme, Wohngeld, Sozialleistungen usw. relativ „abgesichert“ ist. Es trifft mit voller Wucht die Mitte der Gesellschaft, die Fleißigen, die Leistenden, die Selbstständigen ...

In dieser Situation ideologiegetriebene Energiepolitik umsetzen zu wollen, Menschen vorzuschreiben wie sie sich fortzubewegen, zu heizen, zu essen, zu waschen und zu denken hätten, widerspricht jeglichen demokratischen Gepflogenheiten. Auch die Motivation zur Leistungsbereitschaft sinkt in Richtung Gefrierpunkt (Wortspiel). Der soziale Kitt unserer Gesellschaft, der

Grundkonsens, dass sich Leistung und Arbeit lohnen, beginnt zu bröckeln. Es fehlen zunehmend klare, vielleicht auch unpopuläre Entscheidungen und Botschaften der regierenden Politik. Parteipolitisches Taktieren und das Verharren in ideologischer Parteiprogrammatik, ob bei Ukrainehilfe, Energie- und Verkehrspolitik, innere Sicherheit oder Bildung helfen niemanden. Und so ein „Rumgeeiere“ wie bei der Impfpflicht und den Coronamaßnahmen können wir uns in dieser sich verschärfenden Situation definitiv nicht (mehr) leisten.

Was hat das alles mit Bildung zu tun? Alles.

Wenn jungen Menschen suggeriert wird, dass der Staat es schon irgendwann richtet, wenn der Verdienst einer Tätigkeit nicht mehr reicht, das Leben abzusichern, wenn mir als Bürger vorgeschrieben werden soll, wie ich die individuellsten Dinge des Lebens verrichten soll, warum sollte ich mich dann in der Schule anstrengen, Leistung bringen, eine berufliche Zukunft planen? Genau dieser Haltung muss Bildung entgegenwirken. Leistung muss sich lohnen und nicht nur akademische Bildung ist etwas wert. Eine gesunde, leistungsfähige Gesellschaft baut auf dem beruflichen Mittelbau auf und der muss wertgeschätzt werden.

Und abschließend: Bildung muss in beheizten Räumen stattfinden, in Präsenz – in entsprechend beheizten Schulen und Universitäten! Das muss ein demokratischer Staat einfach leisten – sonst geben wir uns auf und landen in der sozialen Kälte (Wortspiel aus).

Text: Jürgen Böhm
info@vdr-bund.de



BILDUNGSKONGRESS: MODERNE SCHULEN SCHAFFEN

Neue Wege der Lehrkräftebildung und Bildungszusammenarbeit



Im Meistersaal am Potsdamer Platz veranstaltete der VDR mit seinen Partnern Friedrich Naumann Stiftung, U15, BBBank und Debeka den ‚Bildungskongress Moderne Schulen schaffen: Neue Wege der Lehrkräftebildung und Bildungszusammenarbeit‘. An diesem historischen Ort wurden schon vor über hundert Jahren Kongresse und Veranstaltungen zu politischen Themen abgehalten, sowie den Handwerksgesellen ihre Meisterbriefe übergeben.





Bund Bildungsministerin Bettina Stark-Watzinger und Karl-Heinz Paqué, Vorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für Freiheit bei ihren Eröffnungsreden

Über 100 Jahre später finden nun, unter ganz anderen Vorzeichen der Zeit, wieder Diskussionen statt, aber diesmal suchen wir die Handwerksgelesen vergebens. Deutschland hat einen Fachkräftemangel und sieht sich nun, anders als im industriellen Zeitalter, auch noch vor andere Herausforderungen gestellt wie die Digitalisierung. Aber was braucht die moderne Schule?

ERÖFFNUNGSREDEN

Karl-Heinz Paqué, Vorsitzender der Friedrich Naumann Stiftung für die Freiheit und auch Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger suchten in ihren Eröffnungsreden nach Antworten. Dabei spielten die Freiheit und Bildung eine zentrale Rolle, denn beides sind unveräußerliche Grundrechte und bedingen sich. Sie stützen die Persönlichkeitsrechte der heranwachsenden Generation, da sie zur Entfaltung von Individualität, zur Mündigkeit und demokratischen Handeln beitragen. Aber diese Freiheit der Bildung bedeutet auch Verantwortung, die Bildung so zu gestalten, dass es Kindern und Jugendlichen ermöglicht wird, frei und selbstbestimmt zu lernen und für die folgenden Generationen und die Demokratie Verantwortung zu übernehmen. Die Schulen und das betonte auch Stark-Watzinger, sind die

zentralen Orte dafür. Hier beginne das lebenslange Lernen und Lehrkräfte seien der Schlüssel. Dazu bedürfe es aber auch der Anerkennung von Heterogenität und Vielfalt, das Eingehen gelingender Kooperationen zwischen den einzelnen Akteuren, die am Bildungsprozess beteiligt sind.

EXZELLENZINITIATIVE FÜR LEHRKRÄFTE

In dem sich anschließenden Talk *Zeitenwende in der Bildung: Herausforderungen und Chancen* verwies Prof. Dr. Georg Krausch in seinen Eröffnungsworten darauf, dass einer Exzellenzinitiative in der Ausbildung der Lehrkräfte bedarf. Dem konnte auch Jürgen Böhm, Vorsitzender des VDR, nur zustimmen, er sagte, dass die „Lehrerbildung an den Universitäten mehr Anerkennung für das Studium und den Lehrerberuf schaffen muss. Die Ausbildung muss besser werden, ebenso muss sich die Praxis verbessern.“ Eine Kürzung des Referendariats spiele gegen eine qualitative Lehrerbildung. Zudem brauche mehr Fort- und Weiterbildung für die Lehrkräfte. Die Stärkung der differenzierten Bildung, insbesondere der Haupt- und Realschulen und des Leistungsgedankens, müssen dabei übergeordnete Ziele sein, die es zu beleben gilt. Bettina Stark-Watzinger und auch

Prof. Dr. Georg Krausch stimmten diesen Aussagen zu. Sie sahen auch in der Selbstständigkeit und der Weiterbildung der Lehrkräfte wichtige Themen, die es zu beachten gilt. Zudem waren sich alle einig, dass der Bedarf an Lehrkräften, besonders in den MINT-Fächern nicht richtig eingeschätzt wurde. Besonders auffällig ist nach Böhm auch, dass es zu einer Schwächung der beruflichen Bildung und der dualen Ausbildung gekommen ist. Die Qualität der Abschlüsse an den Schulen sinke, gleichzeitig würden zu viele Abiturienten ausgebildet. „Leider studieren die meisten nicht Lehramtsfächer“, stellte er fest.

Stärkung der beruflichen Bildung und des differenzierten Schulwesens

Ebenso seien die Aufstiegsmöglichkeiten für Lehrkräfte ein Problem. Deshalb brauche es eine Exzellenzinitiative für die Lehramtsausbildung inklusive der Stärkung der beruflichen Bildung und des differenzierten Schulwesens, damit den drängenden Problemen, wie dem Fachkräftemangel und der sinkenden Qualität der Bildung Einhalt geboten werden könne.

Für die zweite Diskussionsrunde *Neue Wege in der Lehrkräftebildung* wurden Ferdinand Stipberger, Realschullehrer und Berater für digitale Bildung für die Oberpfalz, Preisträger des deutschen Lehrpreises 2019 in der Kategorie „Unterricht innovativ“, Jan Wöpking, Geschäftsführer German U15, Verena von Hugo vom Bündnis Ökonomische Bildung und Prof. Dr. Freitag-Hild, stellvertretende Direktorin des ZLB der Universität Potsdam, auf die Bühne gebeten. Freitag-Hild betonte, dass es an den Universitäten einen guten Theorie-Praxis Bezug im Lehramtsstudium und Lehr-Lern-Labore gebe. Sie sind eine gute Möglichkeit, um der Digitalisierung, sowie der Individualität der Studierenden gerecht zu werden. Der Ausbau von diagnostischen Kompetenzen der Lehrkräfte spiele eine immer wichtigere Rolle. Die Universität Potsdam und auch andere Univer-



Jürgen Böhm im Pausengespräch mit der Bundesbildungsministerin

sitäten haben bereits verschiedene Projekte ins Leben gerufen, mit denen eine Verbesserung der Ausbildung, vor allem im Bereich der Medienbildung, Digitalisierung und Inklusion erreicht werden soll. Im Mittelpunkt stehe dabei die Weiterentwicklung der Studiengänge und die Einbeziehung von Schulen in die Forschungsvorhaben. Die Zusammenarbeit zwischen den Schulen und Universitäten sei essenziell, um die Qualität des Studiums und des Unterrichts weiterzuentwickeln. Abschließend resümiert Freitag-Hild, dass es eine stärkere Anerkennung des Lehrberufes, mehr Kooperationen zwischen den Bildungsinstitutionen und Konzepte für die kulturelle Heterogenität, Digitalisierung, Nachhaltigkeit, aber auch Individualisierung geben müsse. Jan Wöpking sieht ein Problem vor allem in der Heterogenität der Lehramtsausbildung und spricht sich für eine digitale Didaktik als ein Querschnittsthema in den Universitäten aus, um mehr Vernetzung und Kooperationen zwischen den Institutionen zu schaffen. „Viele Schulthemen werden immer noch schwarz-weiß gesehen“, sagt er. „Hier sollte es eine Veränderung geben, mehr fächerübergreifend zu arbeiten“. Die langsame Veränderung in den Lehramtsstudiengängen sei sichtbar, vor allem die Praxisanteile seien gestiegen. Werben möchte er deshalb für die Qualitätsinitiative Lehrerbildung, da diese 2023 ausläuft und bisher ein gutes Projekt war.

Forderung nach Konzepten für die kulturelle Heterogenität, Digitalisierung und Nachhaltigkeit

PRESSEMIT

Deutscher Realschullehrerverband fordert, die Attraktivität des Lehrberufs zu steigern, die Leistungsorientierung zu stärken und die Zukunftsfähigkeit zu sichern.

„An den Universitäten muss die Lehrerbildung endlich aus dem Schattendasein des geduldeten Studienganges heraus!“, fordert der Bundesvorsitzende des Deutschen Realschullehrerverbands (VDR) Jürgen Böhm. Viele sähen den Lehramtsstudiengang immer noch als lästiges Anhängsel. Das liege häufig an der geringen Attraktivität des Berufes, an den teilweise überzogenen verwaltungsbezogenen, sozialen und vor allem erzieherischen Anforderungen an die Lehrkräfte und an der ewigen Diskussion über Beamtenstatus und Einstiegsbesoldung.

„Die wichtigsten Kriterien sind jedoch die über Jahre heruntergefallene Qualität der Ausbildung und der Status der Lehrkräftebildung an den Universitäten. Die 2015 gestartete Qualitätsoffensi-



Von links: Ute Welty moderiert die erste Talkrunde mit Prof. Dr. Georg Krausch, Bettina Stark-Watzinger und Jürgen Böhm

QUALITÄTSOFFENSIVE LEHRKRÄFTE(AUS)BILDUNG – LEHRKRÄFTEMANGEL BEWÄLTIGEN

ve Lehrkräftebildung war finanziell und inhaltlich gesehen, gelinde gesagt, ein Witz!“, so Böhm.

„Viele leistungsstarke Abiturientinnen und Abiturienten scheuen den Lehrberuf, da die Orientierung an Leistung in den vergangenen Jahren an den Schulen zunehmend in den Hintergrund gedrängt wurde. Übertrittsbedingungen wurden eingeebnet, über die Rolle von Noten wurde immer mehr diskutiert und Schulen mutierten zur Reparaturwerkstatt der Gesellschaft. An Schulstrukturen wurde über Jahre herumexperimentiert. Statt Bildung und Inhalte standen oft „pädagogische Spielwiesen und ideologische Steckenpferde“ im Mittelpunkt“, stellt Böhm fest.

Ein klares Abschlussprofil der Schulen sei oft nicht mehr erkennbar: Einheitschulen und der Drang nach „Abitur für alle“ wirken eher abschreckend auf junge Menschen. Es gebe keine fassbaren Strukturen mehr, die Sicherheit und klare Linien bieten. Aufstiegs- und Entwick-

lungsmöglichkeiten im Lehramt scheinen für junge Menschen oft begrenzt. Beförderungsmöglichkeiten sollten als Anreiz auch im Schulbereich selbstverständlich sein.

Was wir für eine zukunftsorientierte Lehrerbildung brauchen, sind:

- eine klare leistungsorientierte, differenzierte, abschlussbezogene Lehrkräfteausbildung,
- Ressourcen für die zwei Phasen der Lehrkräfteausbildung,
- Referendariat mit 24 Monaten,
- Inhalte in der Lehrkräfteausbildung, die sich an den Realitäten der modernen Welt orientieren, wie Digitalisierung, ökonomische Bildung und nachhaltige Entwicklung,
- Aufstockung des Ausbildungspersonals an den Universitäten und im Vorbereitungsdienst,
- Möglichkeiten der Weiterentwicklung oder auch des Ausstieges nach dem Lehramtsstudium,

- Ausbau der Weiterbildungs- und Qualifikationsphase für Lehrkräfte als Bestandteil der Unterrichtsverpflichtung.

Jürgen Böhm fordert ein schnelles Handeln: „Das Jammern ist heute groß. Jeder scheint betroffen und überrascht. Doch nicht erst mit der neuen Flüchtlingswelle aus der Ukraine war klar, dass unserem Land Lehrerinnen und Lehrer fehlen. Auf die Schulen werden massive Herausforderungen zukommen, die nur durch ein abschlussbezogenes, engagiertes, gut ausgebildetes und qualifiziertes Lehrpersonal bewältigt werden können.“

Pressemitteilung Nr. 08/2022 des VDR vom 22. April 2022

Oft müssen Lehrkräfte in ihrer Freizeit Weiterbildungen besuchen, ohne jegliche Anrechnung

DIGITALE BILDUNG IN ALLEN STUDIENGÄNGEN ANBIETEN

Ferdinand Stipberger nimmt in seinen Aussagen vor allem Bezug zur Digitalisierung und das mit vollem Enthusiasmus. Er hat mit Sebastian Schmidt ein Lernbüro digital-kooperativ aufbereitet und dafür den Deutschen Lehrerpriess 2019 in der Kategorie „Unterricht innovativ“ erhalten. Im Lernbüro wurden anfangs Themen in 10-minütige Erklärvideos für Mathematik aufbereitet und auf die Lernplattform mebis hochgeladen. Die Lernenden mussten dazu Hausaufgaben erledigen oder Klausuren schreiben. Mittlerweile beteiligen sich 36 Lehrkräfte aus sieben bayerischen Realschulen, auch Fächer,

wie Deutsch und Englisch seien hinzugekommen. Stipberger kritisiert vor allem die Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte, als auch die Ausstattung der Schulen mit digitalen Endgeräten und den Ausbau der digitalen Infrastruktur. In den letzten zehn Jahren sei vieles versäumt worden. Er plädierte für mehr Anreize für die Lehrkräfte, sich weiterzubilden. Oft müssten Lehrkräfte in ihrer Freizeit Weiterbildungen besuchen, ohne jegliche Anrechnung. Für ihn ist es entscheidend, die digitale Bildung in allen Studienfächern anzubieten oder zumindest als Erweiterungsfach, denn sie wird in der modernen Schule eine große Rolle spielen. Entscheidend ist auch eine



Bildungsministerin Bettina Stark-Watzinger und Karl-Heinz Paqué, Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für Freiheit, im Gespräch mit dem Vorstand des VDR

positive Fehlerkultur, die von Anfang an in der Ausbildung stattfinden sollte. Hingegen brachte Verena von Hugo in die Diskussion noch einen weiteren Aspekt ein, nämlich die schlechte ökonomische Bildung und die Ausbildung der Lehrkräfte in diesem Bereich. Hierbei verwies sie auf die OeBiX-Studie, die in ihren Ergebnissen nachwies, dass in den meisten Bundesländern die ökonomische Bildung kaum in den Stundentafeln der allgemeinbildenden Schulen, als auch in der Lehrkräftefortbildung verankert ist. Verena von Hugo würde administrative Aufgaben für Lehrkräfte bündeln. Zudem sieht sie in der ökonomischen Bildung und Digitalisierung viele Berührungspunkte. Denn nach ihrer Auffassung werden Medienkompetenzen, Wertebildung und eine grundständige Fachlichkeit von angehenden Lehrkräften benötigt. Das Ziel sollte es sein, eine Chancengerechtigkeit herzustellen.

Warum der Lehrerberuf für viele unattraktiv ist

Bis 2035 werden mindestens 23.800 Lehrkräfte fehlen, prognostiziert die Kultusministerkonferenz. Der Lehrerberuf scheint für die junge Generation unattraktiv – mangelnde Flexibilität ist nur ein Grund.

Ulrike Bentlage, Beraterin, weiß: Junge Menschen wollten eher Abenteuer als Sicherheit, lieber Start-up als Schule. Sie glaubten, nach zwölf Jahren Schülerdasein wüssten sie, was die Arbeit der Lehrenden ausmacht, und das sei für sie nicht attraktiv. Ihnen fehlten Flexibilität bei der Wahl des Arbeitsorts und bei der Einteilung der Arbeitszeit. Sie fürchteten, inhaltlich in der Gestaltung des Unterrichts zu sehr festgelegt zu werden.

Auch Aufstiegschancen oder die Möglichkeit, sich weiterzuentwickeln, sehen sie nicht; eher Ärger mit den Kolleginnen und Kollegen und mit überambitionierten Eltern.

Die Uni Potsdam hat intern ermittelt, dass nur fünfzig Prozent der Studienanfänger bis zum Ende durchhalten.

MEINUNGSVIELFALT IN DER DRITTEN DISKUSSIONSRUNDE

An der letzten Diskussionsrunde *Vom Kooperationsverbot zum Kooperationsgebot* nahmen Prof. Dr. Robert Schwager Georg-August-Universität Göttingen, Ria Schröder MdB Bildungspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag und Wolfgang Percy Ott, Vorsitzender der Expertengruppe „Intelligente Bildungsnetze“ im Digital-Gipfel der Bundesregierung, teil. Ihre Meinungen zum Thema differierten sehr. Ria Schröder nahm als erste Stellung zur Frage des Kooperationsverbotes. Sie sieht das größte Problem im Bildungsföderalismus und der Rahmengesetzgebung, während Percy Ott versucht, die Frage damit zu beantworten, was die Wirtschaft der Bildungspolitik empfehlen kann, um eine Infrastruktur zu etablieren. Für ihn ist das wichtigste Thema der Digitalpakt. Seiner Meinung nach sollte es Rechenzentren, offene Standards und am Markt erprobte Systeme geben.

*Zeit, den Schulen
Veränderungen zu
ermöglichen.
Schnelle Veränderungen
wirken dysfunktional.*

Prof. Dr. Robert Schwager findet die Autonomie der Schulen entscheidend und den Abbau der Bürokratie. Ria Schröder stellte fest, dass sich das föderale System nicht einfach verändern ließe. Es müsse eine Bildungsgerechtigkeit geben, auch im Bereich der Digitalisierung. Percy Ott hingegen findet es gut, dass sich die Bildungspolitik nicht zu schnell, sondern langsam verändere. „Schnelle Veränderungen wirken dysfunktional“, sagte er. Es braucht Zeit, den Schulen die Veränderungen zu ermöglichen. Digitale Bildung müsse gleichwertig werden und dürfe nicht am Rande stehen. Das Bildungssystem dürfe nicht komplett reformiert werden, sondern auf die Veränderungen reagieren. Die Datenschutzinterpretation sollte eher einheitlich werden. Ria Schröder machte immer wieder deutlich, dass die Bildungsinstitution Schule modern gestaltet und reformiert werden müsse. Die Digitalisierung sieht

sie als Chance, da eine Lehrkraft digital mehrere Klassen unterrichten könnte. Prof. Dr. Robert Schwager blieb mit seiner Argumentation eher auf der Mikroebene der Schulen. Ihnen sollten mehr Freiräume in der Gestaltung eingeräumt und den mehr Vertrauen und Anerkennung entgegengebracht werden. Besonders das selbstbestimmte und autonome Lernen seien entscheidend. Die Länder sollten mehr miteinander zusammenarbeiten, Innovationen schaffen und ihre Ergebnisse stärker evaluieren, folgerte er. So ließe sich ein Kooperationsgebot herstellen. Am Ende waren sich Prof. Dr. Robert Schwager und Percy Ott einig: Eine Verbesserung der derzeitigen Situation an den Schulen würde nur mit attraktiveren finanziellen Möglichkeiten und Arbeitsbedingungen gelingen.

FAZIT

Auf dem Bildungskongress waren sich die Teilnehmer darüber einig, dass sich Lehrkräfte zunehmend neuen Herausforderungen gegenübersehen. Erfolgreich gelingen kann dies nur durch Kooperationen zwischen den einzelnen Bildungsinstitutionen und mehr Anerkennung für den Beruf, aber auch durch die Stärkung der universitären Ausbildung und der zweiten Lehrerbildungsphase. Mehr Ressourcen und Personal für die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte an den Universitäten sei anzustreben. Eine Weiterbildung und Qualifizierung sollte Teil der Unterrichtsverpflichtung werden und

nicht optional sein. Genauso müsse eine Anpassung der Ausbildung an die gesellschaftlichen Gegebenheiten vorgenommen und der Ausbau von Aufstiegsmöglichkeiten geschaffen werden. Es liege also in der Verantwortung der Bildungsinstitutionen und den politisch Verantwortlichen, ihren Beitrag für die moderne Schule von morgen zu schaffen, mit allem was nötig sei, um die Freiheit der Bildung zu generieren.

Der Bildungskongress hat eines gezeigt: Wir alle sind gefragt, diesen Beitrag auch zu leisten, denn jeder Teil des Ganzen wird entscheidend sein, die moderne Schule von morgen zu gestalten und den Fachkräftemangel zu beheben.

*Anna-Katharina Müller und Waltraud Eder,
Fotos: Wolfgang Borrs*

*Spannende und konstruktive
Diskussionen boten
die Panels auf dem Podium*



Beschulung ukrainischer Schülerinnen und Schüler in Deutschland

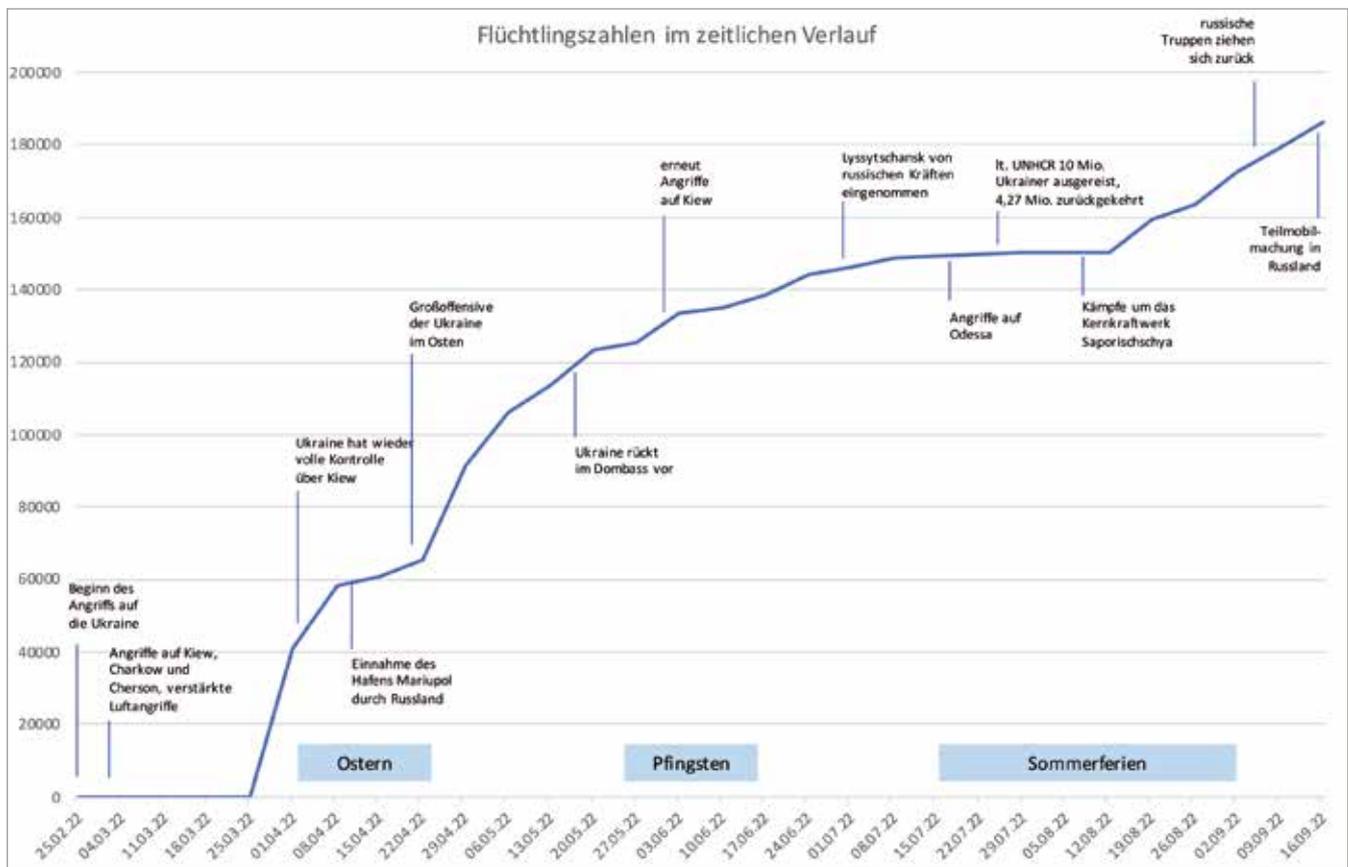


Abb.1: Diagramm „Flüchtlingzahlen im zeitlichen Verlauf“

Seit dem 24. Februar tobt der Krieg in der Ukraine nach dem Einmarsch russischer Truppen. Ebenso lange fliehen Familien und Mütter mit ihren Kindern aus der Ukraine, um sich in Sicherheit zu bringen. Die Kultusministerkonferenz veröffentlicht seit dem 27. März wöchentlich die Zahlen der in Deutschland beschulten bzw. gemeldeten geflüchteten Kinder und Jugendlichen. Zu Beginn der Sommerferien in Deutschland – nach knapp einem halben Jahr Krieg in der Ukraine – waren es rund 150.000 Schülerinnen und Schüler.

In dieser Ausgabe wollen wir die Erfahrungen der Lehrkräfte wiedergeben, Veränderungen im Umgang mit den ukrainischen Schülerinnen und Schülern nachgehen und die Zahlen detaillierter beleuchten. Bereits am 14. März forderte der VDR, man müsse „den Realitäten ins Auge sehen“. „Eine falsch verstandene Integration und ein Überstülpen unseres Bildungswesens sind jetzt völlig fehl am Platz. Wir brauchen jetzt klare Übersichten, Unterrichtsräume und qualifiziertes Personal zur Beschulung!“

ENTWICKLUNG DER SCHÜLERZAHLEN

Im Diagramm (Abb. 1) ist die Entwicklung der gemeldeten ukrainischen Flüchtlinge* aufgezeigt, wie sie die KMK wöchentlich veröffentlicht. In die Grafik wurden wichtige Ereignisse im Verlauf des Krieges vermerkt. Die Entwicklung der Zahlen geflüchteter ukrainischer Schülerinnen und Schüler erweckt den Anschein, dass die aufgezeigte Zunahme weniger vom Kriegsverlauf als vielmehr von den Schulferien in den einzelnen Bundesländern geprägt ist. Interessant ist daher die prozentuale Zunahme der Jugendlichen nach

den Sommerferien. Mit dem Start des neuen Schuljahres in den Bundesländern werden noch mehr Ukrainerinnen und Ukrainer an den Schulen angemeldet. Die Tabelle (Abb. 2) zeigt die Zunahme der Zahlen jeweils eine, zwei und drei Wochen nach dem Schulbeginn in jedem Bundesland im Vergleich zum 5. August 2022, als sich alle Bundesländer in den Sommerferien befunden haben. Bis auf wenige Ausreißer (Verdopplung in Bremen, nahezu konstante Zahlen in Rheinland-Pfalz) zeigt sich in den Wochen nach Schulbeginn in allen Bundesländern das gleiche Bild: Innerhalb von drei Wochen nach Schuljahresbeginn steigen die Schülerzahlen im Schnitt um ein Drittel – damit stoßen die einzelnen Schulen innerhalb kürzester Zeit oftmals gleich wieder an die Belastungsgrenzen.

(Anm.: Hessen liefert seit 22.7. die gleichen Zahlen, Baden-Württemberg und Bayern befanden sich zu Redaktionsschluss erst am Ende der zweiten Schulwoche nach den Ferien und hatten noch keine Zahlen geliefert, Bayern konnte eine Woche nach Schuljahresbeginn keine Zahlen melden)

KONZEPTE DER BESCHULUNG

Vergleicht man die Konzepte der Beschulung im neuen Schuljahr mit denen des vergangenen Schuljahres, so stellt man fest, dass es nur in ganz wenigen Fällen kleine Veränderungen gegeben hat. Einzig das Bundesland Niedersachsen sein Konzept grundlegend geändert: Statt der Beschulung in den regulären Klassen wurden zum neuen Schuljahr zusätzlich zum bisherigen Angebot auch Willkommensgruppen eingeführt. Ins Auge sticht dabei die bausteinartige Zusammensetzung der verschiedenen Optionen: Willkommensgruppen, Aufnahme in die Regelklasse und Sprachförderung sowie ggf. die Nutzung von Online-Angeboten aus der Ukraine. (Abb.3)

Je nachdem, welchen Weg die einzelnen Bundesländer bei der Beschulung gehen, spielt der Anteil der Ukrainerinnen und Ukrainer an der Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler eines Bundeslandes eine Rolle bei der in den Klassen untergebrachten Jugendlichen bzw. bei der Anzahl der Willkommensgruppen. Aufgeschlüsselt nach den Bundesländern ergibt das in der Tabelle (Abb. 4) dargestellte – aufgrund der fehlenden Meldungen nach den Ferien noch unvollständige – Bild.

ERFAHRUNGSBERICHT EINER LEHRKRAFT**

„Im Schuljahr 2021/22 konnten an der Schule zwei Willkommensklassen mit über 30 ukrainischen Schülern zwischen 12 und 19 Jahren gebildet werden. Deren Leistungsstand war sehr unterschiedlich und wurden von zwei ukrainischen Lehrern und den eigenen Lehrkräften in zwei Gruppen beschult.“

Ziel war es, einen geregelten Tagesablauf sowie die begleitete Erarbeitung ihres Unterrichtsstoffs zu ermöglichen und mit dem deutschen Schulsystem vertraut zu machen sowie sie sukzessive in die Regelschulklassen zu integrieren. Dieses Konzept deckte sich auch mit den Hoffnungen und Erwartungen der Eltern sowie denen der Schüler, die sich voller Eifer und Ehrgeiz im Unterricht einbringen wollten. Der Deutschunterricht, den die schuleigenen Lehrkräfte bereitwillig übernahmen, half, die Sprachbarrieren abzubauen und zu integrieren.

Viele Schüler und Lehrkräfte der Schule engagierten sich und wollten helfen. Ukrainisch oder russisch sprechende Schüler unterstützten unermüdlich beim Übersetzen und waren gerne Ansprechpartner. Das war ein Gewinn für die ganze Schulgemeinschaft.

Auf der anderen Seite liegt die gesamte Verantwortung für das Personal und die Umsetzung des Unterrichts ausschließlich im Bereich der Schule. Gleichzeitig erhöhen sich stetig die verwaltungstechnischen Anforderungen an das eingesetzte Personal – die einzelne Schule fühlt sich allein gelassen. Durch die bestehenden und immer wieder auftretenden organisatorischen und personellen Probleme kann man den Kindern nicht immer im vollen Umfang gerecht werden. Durch diese unklare Situation sowie die große Verantwortung gelangen Lehrkräfte, Schulleitung und Verwaltung immer wieder an ihre Grenzen.“

* Alle Zahlen umfassen Schüler sowohl aus allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen, da die Kultusministerkonferenz die Zahlen erst seit Ende Mai getrennt ausgibt. Außerdem werden stets die gemeldeten und nicht die beschulten Schüler betrachtet, da davon auszugehen ist, dass auch diese Schüler in den Schulen ankommen werden.

** Name der Lehrkraft der Redaktion bekannt

Text: Bernd Bischoff
bernd.bischoff@vdr-bund.de



	1 Wo	2 Wo	3 Wo
Baden-Württemberg	15 %	*	*
Bayern	—	*	*
Berlin	5 %	18 %	26 %
Brandenburg	8 %	17 %	21 %
Bremen	97 %	120 %	126 %
Hamburg	8 %	14 %	17 %
Hessen	**	**	**
Mecklenburg-Vorpommern	23 %	25 %	35 %
Niedersachsen	14 %	39 %	46 %
Nordrhein-Westfalen	31 %	33 %	38 %
Rheinland-Pfalz	2 %	4 %	7 %
Saarland	13 %	18 %	*
Sachsen	31 %	31 %	31 %
Sachsen-Anhalt	48 %	55 %	59 %
Schleswig-Holstein	14 %	22 %	24 %
Thüringen	6 %	27 %	63 %

Abb. 2: Zunahme der Zahlen jeweils eine, zwei und drei Wochen nach Schulbeginn

Abb. 3: Bausteinartiges Konzept aus Niedersachsen ...

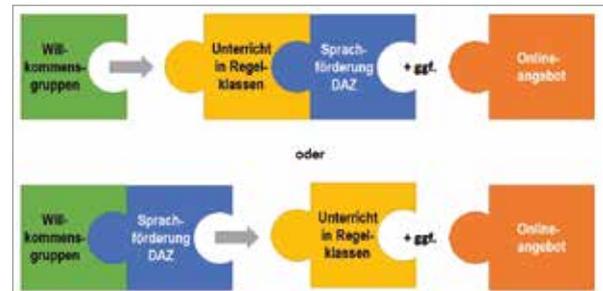


Abb. 3a: ... ausgehend von der Einrichtung von Willkommensklassen



Abb. 3b: ... ausgehend vom Unterricht in Regelklassen

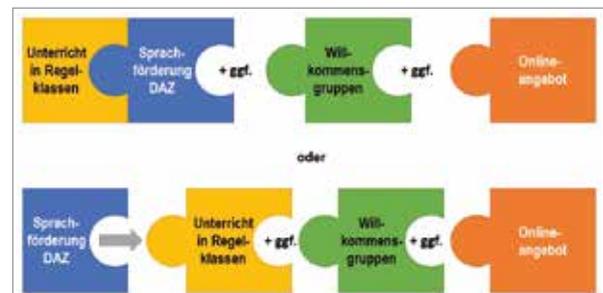


Abb. 3c: ... ausgehend von der Sprachintensivförderung

Mecklenburg-Vorpommern	2,9 %
Bremen	2,8 %
Sachsen	2,5 %
Sachsen-Anhalt	2,2 %
Hamburg	2,1 %
Rheinland-Pfalz	1,9 %
Niedersachsen	1,9 %
Brandenburg	1,8 %
Schleswig-Holstein	1,7 %
Thüringen	1,7 %
Bayern	1,7 %
Baden-Württemberg	1,6 %
Hessen	1,5 %
Saarland	1,4 %
Nordrhein-Westfalen	1,4 %
Berlin	1,3 %

Abb.4: Anteil der ukrainischen Schülerinnen und Schüler in den Klassen

Jürgen Böhm über Fachkräftemangel:

„Die Schule ist nicht REPARATUR- WERKSTATT einer kaputten Gesellschaft“



Foto: Adobe-Stock

An Gymnasien werde das Potenzial künftiger Fachkräfte verschwendet, sagt der Vorsitzende des Verbands Deutscher Realschullehrer: „Das fällt uns jetzt auf die Füße.“

ZEIT ONLINE: Herr Böhm, in Deutschland fehlt es fast überall an Fachkräften. Immer weniger Jugendliche entscheiden sich für eine Ausbildung. Was läuft in den Schulen eigentlich falsch?

Jürgen Böhm: Die Schulpolitik hat sich in den letzten Jahren immer nur darauf konzentriert, die Abiturquote zu erhöhen. Das halte ich für grundsätzlich falsch. Wir haben vergessen, die Bildungswege über den Hauptschulabschluss und den Realschulabschluss hin zur beruflichen Bildung besser zu bewerben. Das ist für mich der Grundfehler. Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder hat kürzlich einen Tag des Handwerks für alle weiterführenden Schulen gefordert. Ich kann dazu nur sagen: An den Realschulen findet jeden Tag ein Tag des Handwerks statt.

Derzeit machen in Deutschland nur etwa 19 Prozent der Jugendlichen eine Lehre, die Gesamtzahl der Auszubildenden ist rückläufig. Die Anzahl der Abiturienten liegt im bundesweiten Durchschnitt dagegen bei über 50 Prozent; und die Mehrheit von ihnen studiert. Warum sehen Sie diese Entwicklung kritisch?

Eine hervorragend ausgebildete Fachkraft oder ein Handwerker ist ökonomisch sehr viel besser ausgestattet als manche akademischen Berufe, die völlig unterbezahlt werden. Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass wir natürlich eine gewisse Quote an Abiturienten brauchen, die dann auch, wenn sie die Fähigkeiten mitbringen, studieren und in die Wirtschaft gehen. Aber wir verlieren zu viele junge Menschen auf dem Weg zur Hochschule; einige von ihnen brechen das Studium ab, weil sie an ihre Grenzen kommen. Und die Studienabbrecher, die mit Mitte zwanzig eine duale Ausbildung machen wollen, sind zu spät dran. Dann sind zehn Jahre verloren, Potenzial ist

verschwendet und auch die Arbeitshaltung lässt dann oft zu wünschen übrig. Man hat über Jahre hinweg formale Abschlüsse mit Qualität verwechselt. Wir haben immer bessere Abiturschnitte und das bedeutet vor allem: Das Niveau ist gesunken.

Drang zum Abitur ist ein Fehlanreiz der OECD

Auch Abiturienten könnten eine Ausbildung machen. Was spricht dagegen?

Ich sehe das einfach als verlorene Zeit. Warum sollen sich einige Schüler noch zwei oder drei Jahre bis zum Abitur quälen, um dann in eine duale Berufsausbildung zu gehen? Das können sie auch mit dem Realschulabschluss machen und wären dann vielleicht besser vorbereitet auf den Beruf. Dieser Drang, alle zum Abitur zu bringen, ist ein Fehlanreiz der OECD.

Halten Sie es denn für realistisch, dass die Realschulen tatsächlich gestärkt werden, wo der Trend doch in eine ganz andere Richtung geht - nämlich auf Gesamtschulen und eine steigende Abiturientenquote zu setzen?

Das ist für mich eine ideologische Fehlsteuerung, nur auf Gesamtschulen zu setzen. Man hat im Prinzip vermittelt: Wir bilden eine Schule, wo die Schüler jeden Abschluss erreichen können. Die Frage ist, welche Qualität das Abitur auf einer Gesamtschule noch hat. Dass die Stärkung der Mittleren Bildungsabschlüsse ausgeblieben ist, fällt uns jetzt auf die Füße.

Das ganze Interview können Sie hier lesen.
Das Interview führte Dr. Hannah Bethke.
Wir danken ZEIT ONLINE für die freundliche
Abdruckgenehmigung.



Bundesverdienstkreuz für Stärkung der Bildung

Jürgen Böhm erhält das Verdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland



Foto: Chris Eberhardt

Im Rahmen der 70-Jahrfeier des Bayerischen Realschullehrerverbands (brlv) würdigte der bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder den Pädagogen und verlieh ihm die Auszeichnung der Bundesrepublik Deutschland, die vom Bundespräsidenten vergeben wird.

Böhm erhielt die hohe Anerkennung für sein herausragendes bundesweites Engagement für die Bildung. Der Bundesvorsitzende setzt sich hierbei besonders für eine differenzierte Bildung

ein, die den individuellen Bedürfnissen jedes einzelnen jungen Menschen gerecht wird. Besonders die Realschule mit ihrem ausgewogenen Angebot an Theorie und Praxis, einer außergewöhnlichen Werte- und Demokratieerziehung und einer realitätsnahen Alltagsbildung stehen dabei im Fokus von Böhms Bemühungen. Weiterhin wird damit sein Engagement bei der Stärkung der Digitalisierung und der ökonomischen Bildung in ganz Deutschland geehrt.

In der Würdigung durch den Bundespräsidenten heißt es ferner: Jürgen Böhm zeichnet sich dadurch aus, dass er bildungspolitische Weichenstellungen in Bund und im Freistaat Bayern stets konstruktiv, zielfüh-



rend und an der Sache orientiert mitgestaltet. Mit seiner hohen fachlichen Expertise trägt er maßgeblich dazu bei, den Verantwortlichen in Politik, Verwaltung und Wissenschaft gute und im Sinne der gesamten Schulfamilie orientierte Lösungen und Weiterentwicklungen des Bildungssystems auf den Weg zu bringen.

„Ich nehme diese Ehrung natürlich auch für meine Kolleginnen und Kollegen entgegen, die tagtäglich – auch teilweise unter schwierigen Rahmenbedingungen – um beste Bildung kämpfen“, so Böhm nach der Ehrung.

Anzeige

AUSSERSCHULISCHE LERNORTE



Bremen erleben!

Bremen erleben heißt Wissen erleben! Neun Einrichtungen in Bremen und Bremerhaven laden als außerschulische Lernorte zum

Forschen und Entdecken ein. Ob Tiere im Zoo, Natur- oder Völkerkunde, Schifffahrt oder Wetterphänomene, Physikalisches oder Historisches – die Wissenswelten decken ein breites thematisches Spektrum ab. Ein Besuch im Rahmen einer Klassenfahrt oder eines Tagesausflugs lässt sich wunderbar verbinden mit einem Foto der berühmten Bremer Stadtmusikanten oder den Spuren der Auswanderinnen und Auswanderer, die über Bremerhaven



Die Internationale Schulbauernhof Hardegsen gGmbH

Die Internationale Schulbauernhof Hardegsen gGmbH ist ein vom niedersächsischen Kultusministerium anerkannter außerschulischer Lernort und ein Lernstandort des Regionalen Umweltbildungszentrums Hardegsens. Von der Grund- bis zur Berufsschule bieten wir Klassen die Möglichkeit in das Landleben einzutauchen. In kleinen Gruppen kann in der Hauswirtschaft und in den Ställen kräftig mitangepackt werden. Die Gruppen lernen den Hof und seine „Bewohner“ kennen, wachsen täglich mehr in die Aufgaben hinein und übernehmen Verantwortung für sich und die Tiere.

in die neue Welt reisten. Zu den Wissenswelten gehören:

in Bremen

- botanika Bremen
- Bremer Geschichtenhaus
- Denkort Bunker Valentin
- Übersee-Museum Bremen
- Universum® Bremen

in Bremerhaven

- Deutsches Auswandererhaus
- Deutsches Schifffahrtsmuseum
- Klimahaus® Bremerhaven
- Zoo am Meer Bremerhaven

Mehr Informationen unter: www.wissenswelten.com



Durch ein vielfältiges Workshop-Angebot werden Bildungsinhalte rund um die Themen Landwirtschaft, Ernährung und Nachhaltigkeit handlungsorientiert vermittelt – mit Kopf, Herz und Hand. Betreut werden die Kleingruppen durch ein erfahrenes interdisziplinäres Team. Die Verpflegung unserer Gäste erfolgt mit regional und saisonal erzeugten Lebensmitteln und ist relativ fleischarm. Zum Übernachten werden die Gruppen mit dem hofeigenen Planwagen in das im 5 km entfernte Jugendgästehaus in Hardegsen gebracht.

www.internationaler-schulbauernhof.de

DIE BESOLDUNG IM LÄNDERVERGLEICH

Am Dienstag, 20. September 2022 titelt lehrer nrw in seiner Pressemitteilung „Der Einsatz hat sich gelohnt“. Zum Bundesrealschultag am Anfang April in Mannheim hat Sven Christoffer, Landesvorsitzender von lehrer nrw die Kampagne „Ich verdiene A13!“ vorgestellt. Unzählige Kolleginnen und Kollegen schickten die knallgelbe Postkarte an Ministerpräsident Hendrik Wüst. Dieser zeigte sich bereits Ende April erstaunt über die große Zahl der Karten und würdigte diese kreative Aktion. Am Rande des Arbeitnehmerempfangs in Dortmund bekräftigten auch die anderen Parteien, dieses Thema in der folgenden Legislaturperiode anzugehen. Nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen standen die Zeichen bereits im Juni für eine Besoldungserhöhung nicht schlecht, Ende September veröffentlichte die schwarz-grüne Staatsregierung den Stufenplan zur Überführung der Eingangsbesoldung für alle Lehrämter nach A13. Dies geschieht in jährlichen Schritten zu je 115 Euro bis zum August 2026. Wie sich die Erhöhung in vier Jahren auswirken wird und wo sich die Lehrkräfte im Bundesvergleich einordnen, zeigt dieser Vergleich.

GEHALT UND BESOLDUNG

Mit der im Jahr 2006 durch Bundestag und Bundesrat auf den Weg gebrachte Föderalismusreform sind die einzelnen Bundesländer selbst für das Dienstrecht sowie die Besoldung der Beamten zuständig. In der Regel werden die Tarifabschlüsse aus den Verhandlungen des öffentlichen Dienstes auf die Beamten übertragen. Um Geld in den Bundesländern einzusparen, werden die Abschlüsse aber oftmals nicht inhaltsgleich und nicht



zeitgleich auf die Beamten übertragen und bilden für die einzelnen Finanzminister Möglichkeiten, Finanzmittel einzusparen. Während in den meisten Bundesländern die jeweils aktuelle Erhöhung zum 1. Januar 2021 stattgefunden hat, haben sich die Niedersachsen zwei, das Saarland drei und Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein sogar fünf Monate mit der Übertragung der Ergebnisse auf die Beamten Zeit gelassen (vgl. Abb. 1).

Bundesland	gültig seit
Baden-Württemberg	01.01.2021
Bayern	01.01.2021
Brandenburg	01.01.2021
Bremen	01.01.2021
Hamburg	01.01.2021
Hessen	01.01.2021
Nordrhein-Westfalen	01.01.2021
Rheinland-Pfalz	01.01.2021
Sachsen	01.01.2021
Sachsen-Anhalt	01.01.2021
Thüringen	01.01.2021
Niedersachsen	01.03.2021
Saarland	01.04.2021
Mecklenburg-Vorpommern	01.06.2021
Schleswig-Holstein	01.06.2021

Abb. 1: Zeitpunkt der Umsetzung der letzten Besoldungserhöhung in den Bundesländern

Verbeamtete Lehrkräfte erhalten kein Gehalt oder Entgelt für ihre Arbeit, sondern Bezüge. Grundlage der Besoldung ist das Alimentationsprinzip. Der Dienstherr ist verpflichtet, dem Beamten im aktiven Dienst, bei Invalidität und im Alter einen dem Amt angemessenen Lebensunterhalt zu gewähren. Die Besoldung besteht dabei aus dem Grundgehalt und wird durch den Familienzuschlag oder weitere Zulagen ergänzt.

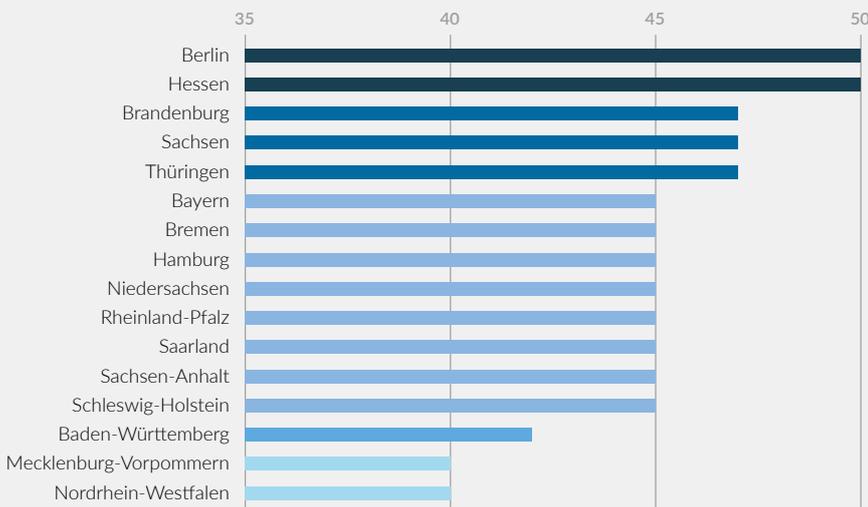
Angestellte Lehrkräfte sind in den meisten Bundesländern eher die Minderheit. Oft haben diese Personen die Prüfung der gesundheitlichen Eignung nicht bestanden oder sind nach Überschreiten der Höchstaltersgrenze, die je nach Bundesland zwischen 40 (Mecklenburg-Vorpommern) und 50 Jahren (Hessen) liegt, nicht verbeamtet worden. Bei den Angestellten muss berücksichtigt werden, dass sie sozialversicherungspflichtig sind (vgl. Abb. 2).

SONDERSTELLUNG BERLIN

Mittlerweile verbeamteten alle Bundesländer ihre Lehrkräfte wieder. Das Bundesland Berlin hat seit dem Jahr 2004 auf eine Verbeamtung verzichtet. Im Juli dieses Jahres wurden – aufgrund des chronischen Lehrermangels in der Hauptstadt – erstmals wieder 220 Lehrkräfte verbeamtet, die neu in den Schuldienst eingestellt wurden. Aufgrund der Sonder-situation in Berlin bestand der Versuch, herauszufinden, wie geplant ist, bislang angestellte Lehrkräfte ins Beamtensystem zu überführen. Mehrere Anfragen an das Berliner Bildungsministerium durch den VDR blieben jedoch unbeantwortet. Da die Verbeamtung zum aktuellen Zeitpunkt jedoch nur 220 von knapp 35.000 Lehrkräften betrifft, wird in dieser Zusammenstellung auf die Darstellung von Berlin verzichtet.

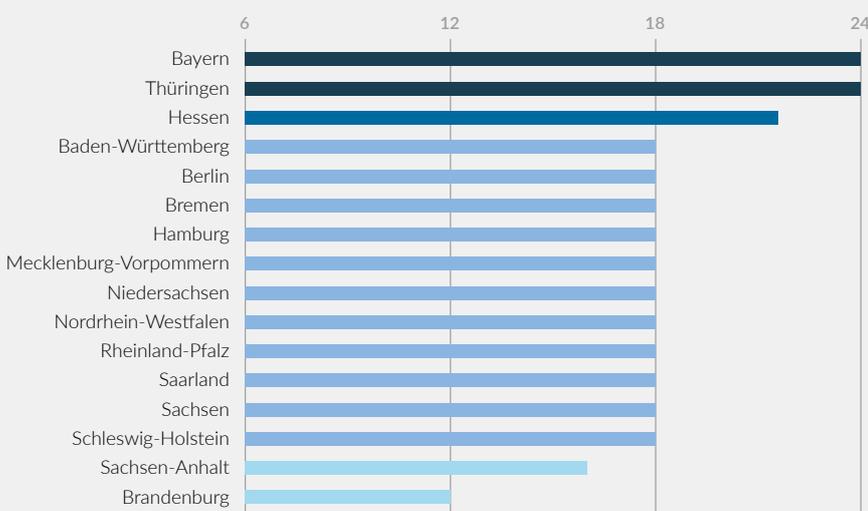
REFERENDARIAT: LÄNGE UND BESOLDUNG

In Zeiten des akuten Lehrermangels ist es spannend, zu sehen, ob ein kürzeres



Höchstaltersgrenze für die Verbeamtung

Abb. 2: Letzte Möglichkeit der Verbeamtung in den Bundesländern



Dauer des Referendariats in Monaten

Abb. 3: Zwischen 12 und 24 Monaten dauert die zweite Phase der Ausbildung im Referendariat. Was ist ausreichend?

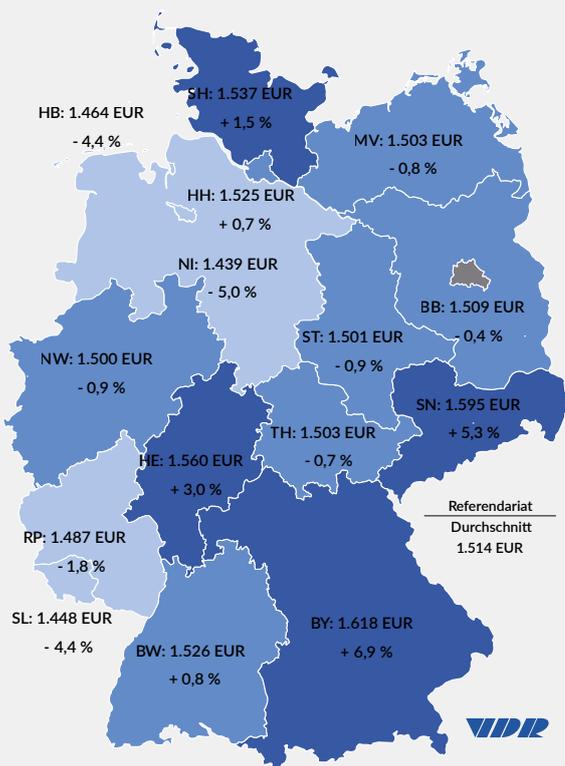


Abb. 4: Besoldung der Referendare als Beamte auf Widerruf entsprechend des Eingangsamtes im jeweiligen Bundesland

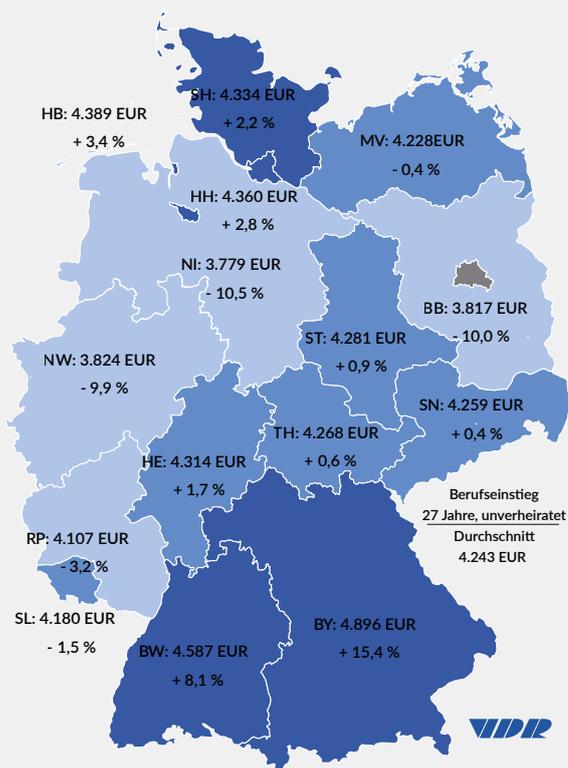
Referendariat tatsächlich mehr Lehrkräfte ins System spült. Aber genau das Gegenteil scheint der Fall zu sein. Gerade in den Ländern mit den kürzesten Referendariaten scheint die Not am größten. In Brandenburg sind knapp 15 Prozent der Lehrkräfte Seiteneinsteiger und der Anteil unter den Neueinstellungen liegt bei 32,5 Prozent. In Sachsen-Anhalt liegt die Unterrichtsversorgung beim Schulstart in dieses Schuljahr bei gerade einmal 92 Prozent! Auch die Bezahlung der Referendare stellt sich in den Bundesländern ganz unterschiedlich dar, wie die Grafik zeigt (siehe Abb. 3 und 4).

WEIHNACHTSGELD

Die meisten Bundesländer zahlen mit den Dezemberbezügen kein Weihnachtsgeld mehr aus. Vielmehr ist diese Sonderzahlung – meistens ab dem Jahr 2017 – in das Grundgehalt integriert worden. Nur Bayern hält an der 65 %-igen Sonderzahlung fest, in Mecklenburg-Vorpommern sind es noch knapp 30 Prozent, in anderen Bundesländern Pauschalbeträge in Höhe von ein paar hundert Euro (Niedersachsen 300 Euro, Sachsen-Anhalt 400 Euro). Egal wie die Bundesländer mit der Jahressonderzahlung umgehen, ist sie in die Darstellungen eingerechnet und auf die zwölf Monate umgelegt worden.

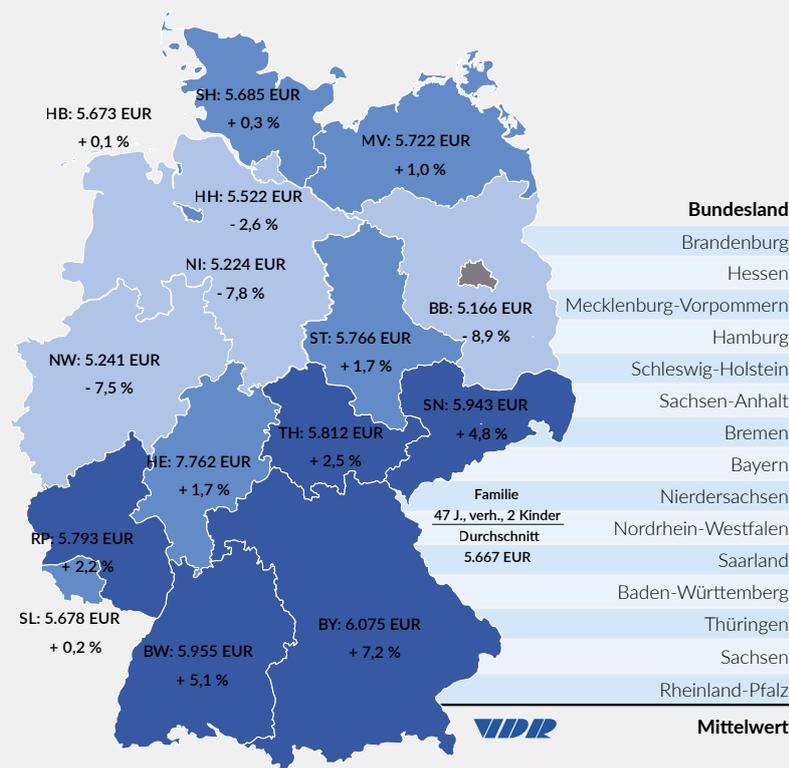
EINSTIEGSAMT UND EINSTIEGSBESOLDUNG

Während sich im Referendariat die Unterschiede zwischen den Bundesländern noch weitgehend in Grenzen halten, so wird die unterschiedliche Umsetzung der Übertragung der Tarifiergebnisse auf die Beamten vor allem beim Einstiegsgehalt sehr deutlich. Bei allen Betrachtungen wurde ein fiktiver Berufseinstieg mit 27 Jahren in die unterste Erfahrungsstufe der regulären Besoldungsgruppe der Realschullehrkräfte bzw. Sekundarschullehrkräfte zugrunde gelegt. Dabei ist es zunächst einmal entscheidend, welche die unterste Erfahrungsstufe in der Entgeltgruppe ist und aus wie vielen Stufen die Besoldungsordnung besteht. Vergleicht man z. B. die Bundesländer Rheinland-Pfalz (Einstiegsbesoldung A13 Stufe 3, Endstufe 12) und Bayern (Einstiegsbesoldung A13 Stufe 5, Endstufe 11), so erreichen Lehrkräfte in Rheinland-Pfalz die Endstufe nach 29 Dienstjahren, in Bayern jedoch schon nach 21 Jahren. Im bundesweiten Durchschnitt verdienen Lehrkräfte in Deutschland 4.243 Euro brutto pro Monat. Die Unterschiede sind jedoch immens, liegen zwischen den Bundeslän-



Besoldung Berufseinsteigerinnen und -einsteiger

Abb. 5: Die größten prozentualen Abweichungen der Bundesländern vom bundesweiten Durchschnitt findet sich bei den Berufsanfängern



Besoldung Familien

Abb. 6: Höhere Familien- und Kinderzuschläge lassen die Abstände zwischen den Bundesländern etwas abschmelzen ...

den über 1.000 Euro brutto pro Monat (vgl. Abb. 5)

FAMILIENZUSCHLAG

Heirat, Kinder, Familie – auch in der Besoldung macht sich das bemerkbar. Und natürlich finden sich auch hier große, aber nicht gravierende Unterschiede zwischen den Bundesländern. In der Übersicht wird eine Lehrkraft betrachtet, die zwanzig Dienstjahre ohne Beförderungsam abgeleistet hat, verheiratet ist und zwei Kinder hat. Insgesamt lässt sich feststellen, dass in diesem Fall der Unterschied zwischen den Bundesländern nicht mehr ganz so groß ist, wie bei beim Berufseinstieg. Zwischen den Bundesländern mit der größten Spreizung (Brandenburg – Bayern) liegen „nur noch“ rund 900 Euro Bruttoeinkommen pro Monat. Unterschiede ergeben sich auch in der Höhe des Familienzuschlags und des Kinderzuschlags. Einzig Brandenburg verzichtet auf den Familienzuschlag, in Rheinland-Pfalz beträgt er nur ca. fünfzig Prozent der anderen Bundesländer. Alle anderen Bundesländer lie-

gen in etwa gleich auf, die Unterschiede betragen nur wenige Euro. Beim Kinderzuschlag sind die Unterschiede deutlich größer. Hier liegt Rheinland-Pfalz mit über 210 Euro pro Kind weit vor den anderen, Hessen und Mecklenburg-Vorpommern mit 120 Euro pro Kind auf den letzten Rängen. Ausschlaggebender beim Bruttoeinkommen sind bei den Familien eher die Besoldungsstufe und die bereits erreichte Erfahrungsstufe (vgl. Abb. 6 und 7).

ENDSTUFE

Mit sechzig Jahren sollten die Lehrkräfte in allen Bundesländern bei einem regulären Eintritt in den Schuldienst jeweils die höchste Erfahrungsstufe erreicht haben. Die Kinder sind aus dem Haus und die Kinderzuschläge fallen weg. In der Grafik wird jeweils eine verheiratete, 60-jährige Lehrkraft zugrunde gelegt, die sich noch im Eingangsamt aber in der höchsten Erfahrungsstufe befindet. Insgesamt sind die Bruttoeinkommen mit Kinderzuschlag und Familienzuschlag trotz einer höheren Erfahrungsstufe durch den Wegfall der Kin-

derzuschläge etwas niedriger als bei der Betrachtung der Familien (vgl. Abb. 8).

BEFÖRDERUNGSÄMTER

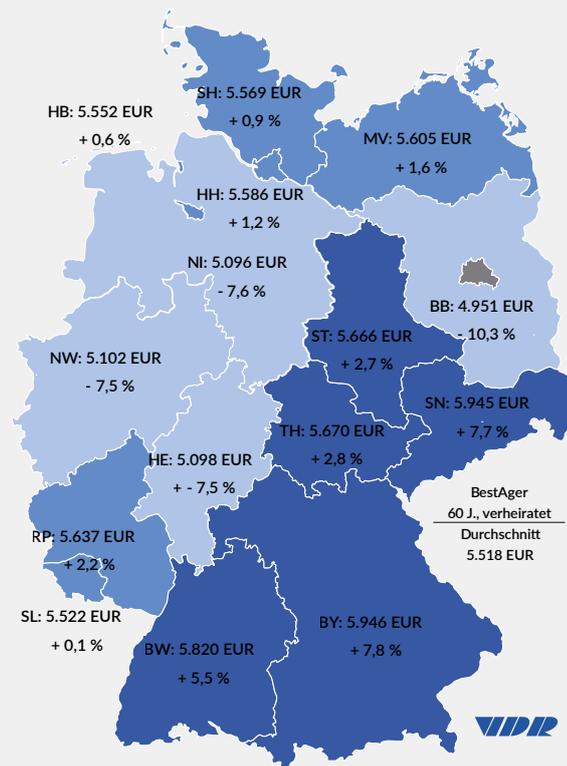
Einstiegsgehalt, Erfahrungsstufe, Kinder- und Familienzuschlag sind nicht die einzig ausschlaggebenden Komponenten der Besoldung. Für die einzelnen Landesverbände sind auch die Möglichkeiten der Beförderung im Bundesland ausschlaggebend. Folgende Fragen interessieren dabei: Gibt es funktionslose Beförderungsmöglichkeiten? Wie viele Stellen werden gehoben? Wie groß ist der Abstand zu den funktionsgebundenen Beförderungsmöglichkeiten? Wie viele Personen sind Mitglied in der Schulleitung und wie ist die Führungsspanne? Wie viele Beförderungsmöglichkeiten gibt es außerhalb der Schule, also z.B. bei der Schulaufsicht oder bei Landesinstituten?

UNTERRICHTSPFLICHTZEIT

Auch die Unterrichtspflichtzeit der Lehrkräfte kann für die Landesverbände – eher noch als die Beamtenbesoldung – großes Thema sein, werden Lehrkräfte durch eine

Familienzuschlag	Kind 1	Ehegatte	+ 1 Kind	Ehegatte	+ 2 Kinder
- €	167,36 €	167,36 €	-37,9 %	334,72 €	-17,8 %
140,91 €	120,51 €	261,42 €	-3,0 %	381,93 €	-6,3 %
141,07 €	120,68 €	261,75 €	-2,9 %	382,43 €	-6,1 %
141,98 €	121,41 €	263,39 €	-2,3 %	384,80 €	-5,6 %
143,67 €	122,91 €	266,58 €	-1,1 %	389,49 €	-4,4 %
145,34 €	124,33 €	269,67 €	0,1 %	394,00 €	-3,3 %
145,44 €	124,33 €	269,77 €	0,1 %	394,10 €	-3,3 %
145,56 €	124,46 €	270,02 €	0,2 %	394,48 €	-3,2 %
145,86 €	124,67 €	270,53 €	0,4 %	395,20 €	-3,0 %
148,52 €	129,32 €	277,84 €	3,1 %	407,16 €	-0,1 %
140,83 €	141,54 €	282,37 €	4,8 %	423,91 €	4,0 %
154,47 €	135,06 €	289,53 €	7,4 %	425,59 €	4,5 %
156,01 €	136,29 €	292,30 €	8,5 %	428,59 €	5,2 %
149,22 €	164,90 €	314,12 €	16,6 %	479,02 €	17,6 %
75,01 €	210,43 €	285,44 €	5,9 %	495,87 €	21,7 %
131,59 €	137,88 €	269,47 €		407,42 €	

Abb. 7: ... die Familienzuschlag liegen vergleichsweise nahe zusammen, mit steigender Kinderzahl werden die Unterschiede deutlich größer.



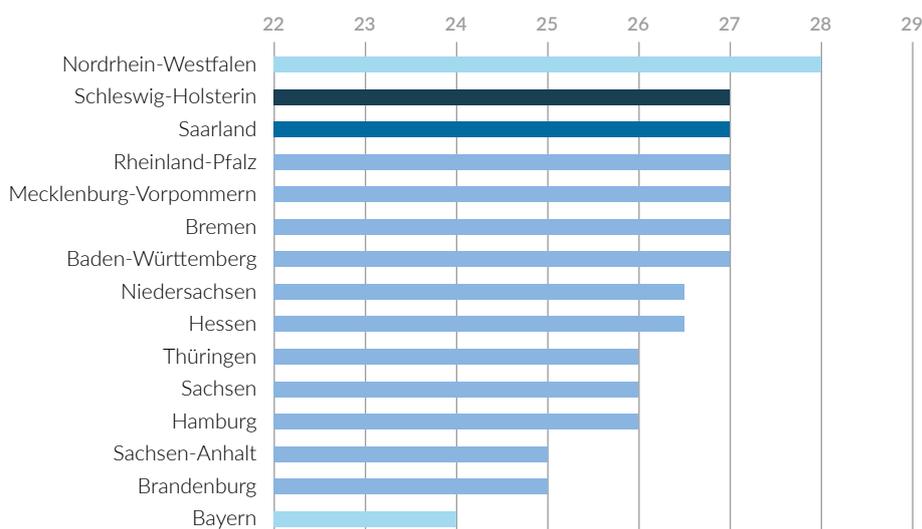
Besoldung Best Ager

Abb. 8: In der letzten Erfahrungsstufe und nach dem Wegfall der Kinderzulage werden die Unterschiede zwischen den Bundesländern wieder etwas deutlicher

geringere UPZ stärker entlastet als eine Gehaltserhöhung dies subjektiv vielleicht kompensieren könnte. Aber auch hier zeigt sich ein stark unterschiedliches Bild in den Bundesländern (vgl. Abb. 9).

ZUSAMMENFASSUNG

So unterschiedlich die Landesverbände im VDR sind, so unterschiedlich sind auch die Schulsysteme in den Bundesländern und die Besoldung der Lehrkräfte. 16 unterschiedliche Besoldungstabellen, verschiedene Eingangsstämmer, unzählige Berufsbezeichnungen, verschiedenste Beförderungsstämmer, Weihnachtsgeld und Familienzuschlag sowie Unterrichtspflichtzeiten, die von Fächern, Alter oder Schularten abhängen, ergeben sehr viele unterschiedliche Konstellationen, die in dieser Betrachtung nicht vollumfänglich dargestellt werden können. Alle Zahlen sind mit größter Sorgfalt und nach bestem Wissen und Gewissen zusammengestellt worden; der VDR übernimmt keine Gewähr für die Aktualität.



Unterrichtspflichtzeit

Abb. 9: 24 Stunden oder 28 Stunden Unterricht in Deutsch, Mathematik oder Englisch – je nach Bundesland ist alles möglich

Text: Bernd Bischoff
bernd.bischoff@vdr-bund.de





FRAGEN AN THOMAS LEUBNER

Thomas Leubner,
Head of Siemens Professional Education at Siemens

1 Herr Leubner, Sie sind seit etwa zwanzig Jahren bei Siemens unter anderem im Bildungsbereich tätig. Welche Aufgaben nehmen Sie hier hauptsächlich wahr?

Als globaler Leiter der Siemens Professional Education bin ich verantwortlich für die weltweite Ausbildung und berufliche Weiterbildung bei Siemens. Siemens in Deutschland trägt mit ca. 3.700 Auszubildenden und dual Studierenden für Siemens und weiteren 1.000 Lernenden für externe Kooperationspartner zur Fachkräfteentwicklung bei. Dabei liegt der Schwerpunkt auf technische und IT-Berufe. Wir vermitteln in Ausbildung, Studium und Weiterbildung aktuelle technische, IT-, digitale und Nachhaltigkeits-Kompetenzen, z.B. Industrial Internet of Things, Edge- und Cloud Computing, Künstliche Intelligenz, Simulation, Robotik, Low-Coding, Green Skills. Dabei investiert Siemens über 150 Mio. Euro p.a. in die Ausbildung. Weltweit bilden wir weitere 2.000 junge Menschen in 25 Ländern aus.

Für die Weiterbildung haben wir in der SiTecSkills Academy die berufsbezogenen und akademischen Weiterbildungsangebote gebündelt, die Lernende in der Transformation unterstützen und ihre Beschäftigungsfähigkeit in der aktuellen strukturellen Transformation des Arbeitsmarktes durch Digitalisierung, demografischen Wandel und De-Karbonisierung zu steigern. Die Angebote können von Siemens Mitarbeitern ebenso wie von externen genutzt werden. Im Geschäftsjahr 2022 werden ca. 257.000 Lernstunden (über 2.000 Mitarbeitende) erreicht.

2 Wo sehen Sie die Leistungsfähigkeit eines differenzierten Bildungswesens und insbesondere der Realschule?

Etwa die Hälfte unserer Lernenden in Deutschland bringt einen Realschulab-

schluss mit. In den anspruchsvollen technischen und kaufmännischen Ausbildungsberufen, wie z.B. Mechatroniker oder Elektroniker für Automatisierungstechnik, ebenso wie in vielen IT-Berufen ist die Realschule ein idealer Partner, um sehr gut geeignete und ausgebildete Talente zu gewinnen.

Für die Ausbildungsberufe mit IHK Abschluss ist die Realschule damit unser wichtigster schulischer Partner. Durch das differenzierte Bildungswesen gelingt es, für jeden Ausbildungsberuf und jedes duale Studium die am besten passenden Talente zu finden und ein entsprechendes Ausbildungsangebot zu machen. Dadurch wird der Erfolg in Ausbildung und anschließender Karriere sehr groß. Dies zeigt sich in geringen Abbrecherquoten und hoher Zufriedenheit der Lernenden mit der Ausbildung und dem anschließenden Berufsweg.

Die Realschule bietet bereits heute ein hohes Maß an Berufsorientierung und Praxisbezug in den Lerninhalten.

Welche Anstrengungen müssen bildungspolitisch unternommen werden, damit dem Fachkräftemangel langfristig entgegengewirkt werden kann?

Bei den Anfängerzahlen in Ausbildung und Studium beobachtet das Institut der deutschen Wirtschaft einen strukturellen Rückgang durch Demografie und fehlende Zuwanderung nach Deutschland zwischen 1995 und 2021 um 5,5 Prozent. In der Projektion bis 2030 ergibt sich perspektivisch eine kumulierte Fachkräftelücke von circa fünf Millionen Arbeitsplätzen, die Stand heute ohne zusätzliche Maßnahmen nicht besetzt werden können. Insbesondere die MINT (Mathematik, Ingenieurwissenschaften, Naturwissenschaften, Technik) Berufe weisen in allen Qualifikationsstufen (Ausbildung, Spezialisten, Studiengänge) ei-

nen Höchststand der Fachkräftelücke aus, der Bedarf an digitalen Fachkräften steigt. Quantitativ am größten ist die Fachkräftelücke bei den Ausbildungsberufen.

Ausbildungsberufe bieten häufig Tätigkeiten mit besonders hohem Sinn (Purpose). So wird z.B. die Energiewende nur gelingen, wenn die notwendige Infrastruktur für die erneuerbaren Energiequellen errichtet wird und die entsprechende Technik, z.B. für Elektromobilität oder klimafreundliches Heizen aller Haushalte erreicht. Der Beitrag der Fachkräfte wie Elektroniker oder Installateure dabei ist essenziell. Die besondere Bedeutung der Ausbildungsberufe und die Gleichwertigkeit mit akademischen Abschlüssen muss in der öffentlichen Wahrnehmung gesteigert werden.

Um die Attraktivität der Ausbildungsberufe zu fördern sind unter anderem folgende Handlungsfelder zu adressieren:

- Steigerung der Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen
- Breites Angebot und Nutzung von Praktika und Projekten gemeinsam mit Schulen und Arbeitgebern
- Stärkung der MINT-Fächer an den Schulen und Ausbau der Vermittlung von IT-Kompetenzen (z.B. Coding)
- Transparenz über die Verdienstmöglichkeiten in Ausbildungsberufen
- Information der Schüler über mögliche Karrierewege nach der Ausbildung bzw. durch Weiterbildung (Meister, Techniker, Studium), z.B. in Industrie oder Handwerk
- Regelmäßige Weiterbildung des Lehrpersonals im Bereich IT/Digitalisierung und Nachhaltigkeit

Die Fragen stellte Waltraud Eder
eder@vdr-bund.de



Endlich ... Arbeitswirklichkeit anerkannt!

Neuer Tarifabschluss für kommunale Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst

Nach langen Jahren hoffnungsvoller Erwartung, dass die kommunalen Arbeitgeber (VKA) die Realität beruflicher Tätigkeiten zur Kenntnis nehmen und in Tarifverträgen einmal berücksichtigen, scheint nun mit dem Tarifvertrag für den Sozial- und Erziehungsdienst nach äußerst schwierigen Verhandlungen erstmalig ein Abschluss erzielt worden zu sein, der u. a. den konkreten Arbeitsbedingungen Rechnung trägt.

Verbände und Gewerkschaften hatten wiederholt angemahnt, dass sich nicht nur am Entgelt, sondern ebenso an den Rahmenbedingungen etwas ändern müsse, wenn man ausreichend junge Menschen für diese Berufsbereiche gewinnen wolle. Denn die nachfolgenden Generationen sind scheinbar nur bedingt bereit, Lebensqualität unbegrenzt für Arbeit und Karriere zu opfern. Das gilt nicht nur für den Bildungssektor, sondern für zahlreiche Branchen, in denen der psychische Druck und Stress das Privatleben übermäßig belasten, wie z. B. auch im medizinischen Bereich.

Die Arbeitgeber haben nun wohl endlich verstanden, dass der „Nachwuchs“ schlicht wegbleibt, sollte sich an den Arbeitsbedingungen nichts ändern. Im medizinischen Bereich steigt die Teilzeitquote unaufhörlich, weil Menschen nicht mehr bereit sind, diese übermäßigen Belastungen auf Kosten des Privatlebens hinzunehmen. Manche steigen sogar nach wenigen Jahren ganz aus dem Beruf aus.

Auch im Bildungssektor sind derartige Konsequenzen zu beobachten. Das Image des Lehrerberufs leidet seit Jahren unter den Verwerfungen einer Bildungspolitik, die der Institution Schule zunehmend neue Aufgabe zuweist, ohne am Deputat noch an der Bezahlung grundlegend etwas zu ändern. Dies betrifft auch das so genannte zusätzliche (sonder-)pädagogische Personal, das vermehrt das System Schule unterstützen soll, aber bei der Fülle der „neuen“ sozialen und erzieherischen Aufgaben nur unzureichend leisten kann. Mit der Folge, dass zu wenige in dieses System eintreten wollen und davon nicht wenige dem System nach kurzer Zeit wegen der hohen Arbeitsbelastung schon wieder den Rücken kehren. Von der zielgenauen Qualifikation ganz zu schweigen.

Um so wichtiger war es, dass der neue Tarifvertrag für kommunale Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst eine Umkehr signalisiert, hin zu mehr Rücksichtnahme

auf die Bedürfnisse der Menschen, die für den Arbeitgeber den „Dienst am Menschen“ tun. Ein Dienst, der gesellschaftlich unverzichtbar ist, und der durch nichts ersetzbar wäre. Eine Digitalisierungsrendite oder anderweitig erwirtschaftete Rendite gibt es hier nicht. Und auch die Zunahme der Klassengröße auf über dreißig Kinder und Jugendliche ist es jedenfalls nicht.

Im Gegenteil, in einem Land mit einer sehr hohen Beschäftigtenquote bricht seit Jahrzehnten die erzieherische Unterstützungsleistung des Elternhauses stetig mehr weg. Ein Defizit, das nur mit mehr Personal und einer den erzieherischen Bedürfnissen angepassten Erziehungs- und Bildungsstruktur aufzufangen wäre. Doch davon sind wir derzeit noch weit entfernt. Deshalb war es auch so entscheidend, dass sich im Tarifergebnis erstmalig Elemente der allseits gewünschten Work-Life-Balance wiederfinden.

Mit dem Tarifergebnis vom 18. Mai 2022 für den Sozial- und Erziehungsdienst (SuE), der eine Laufzeit bis zum 31.12.2026 hat, wurde für die rund 330.000 Beschäftigten bei den Kommunen ein Abschluss erzielt, der

neben Verbesserungen beim Entgelt auch die Möglichkeit der Umwandlung von Entgeltbestandteilen vorsieht. Zu den wesentlichen Ergebnissen zählen insbesondere:

Die Beschäftigten in den Entgeltgruppen S2 bis S11 erhalten ab 1.7.2022 eine monatliche Zulage von 130 Euro, Sozialarbeiter und Sozialpädagogen in den Entgeltgruppen S11b bis S12 und S14 und S15 (Fallgruppe 6) eine monatliche Zulage von 180 Euro.

Die Stufenlaufzeiten werden ab dem 1.10.2024 an die Stufenlaufzeiten im allgemeinen öffentlichen Dienst (TVöD) angepasst. Dies ermöglicht schnellere Stufenaufstiege.

Beschäftigte erhalten nun ab 2022 pro Kalenderjahr über den Urlaubsanspruch hinaus pauschal zwei Entlastungstage (zur Regeneration) und zudem die Option, zwei weitere Tage auf Kosten von Entgeltbestandteilen (z. B. für Freizeit, etc.) zu nehmen.

Aus schulischer Sicht ist des Weiteren zu begrüßen, dass der Tarifvertrag nun insgesamt einen großen Teil der pädagogischen Tätigkeiten im „Ganztag“ in der Entgeltordnung abbildet.

Alles in allem zeugt das Ergebnis von einer in Ansätzen neuen Wertschätzung für erzieherische Berufe sowie von einem Anerkennen der besonders belastenden Tätigkeit. Die Verbände und Gewerkschaften wissen, wo dem Personal der Schuh drückt, und haben an den richtigen Stellschrauben gedreht. Noch ist der Weg allerdings sehr weit, will man die Arbeitsbedingungen und die berufliche Lebensqualität in Einklang bringen. Zu groß sind die Versäumnisse der Vergangenheit.

Kommentar: Schade!

Es wurde allerhöchste Zeit, vielfach ist es schon zu spät. Die Arbeitgeber hatten jahrelang die Zeichen der Zeit nicht sehen wollen, aus eigennützigen Erwägungen heraus, das Geld für andere Zwecke auszugeben. Das rächt sich nun, und zwar nachhaltig. Tätigkeiten im erzieherischen Bereich haben schon längst nicht mehr den gesellschaftlichen Stellenwert, der ihnen gebühren müsste.

Bildung und Erziehung sind jedoch Staatsaufgaben, die nicht mehr erfüllt werden können, wenn das Personal ausbleibt. Diese Sorge und Gefahr ist real. Mit allen möglichen Konsequenzen für die Wirtschaft und Arbeitswelt. Der Corona-Lockdown hat deutlich vor Augen geführt, was passiert, wenn die Bildungseinrichtungen „außer Dienst“ sind.

Dass die Arbeitgeber jetzt bereit sind umzusteuern, ist leider vor allem der Hartnäckigkeit der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst zu verdanken. Die große Einsicht hat nicht dazu geführt, längst überfällige Komponenten tarifvertraglich zu verankern. Erziehung und Bildung kosten nun einmal Geld, ob privat oder staatlich. Das sollte es uns wert sein.

Die Rendite ist nicht nur im besten Fall: ein mündiger Bürger.

Die didacta 2022 findet wieder in Präsenz statt und sendet starkes Signal

Der VDR präsentiert sich mit seinem
Landesbund lehrer nrw von seiner besten Seite



Mit gutem Ergebnis ging die wichtigste Messe für die Bildungsbranche, die didacta 2022, in Köln zu Ende. Nach drei Jahren ohne persönlichen Austausch vor Ort stand die Bedeutung der didacta als zentrales Diskussionsforum, größter Weiterbildungskongress und wichtigste gesellschafts-politische Bühne der Branche besonders im Fokus.

Dabei hat die Messe ein starkes Signal für die Zukunft der Bildung gesetzt und gezeigt, dass alle Bildungsbereiche einen dynamischen Reform- und Veränderungsprozess durchlaufen müssen, um erfolgreich auf neue Herausforderungen reagieren zu können.

Rund 35.000 Besucherinnen und Besucher haben die Messe genutzt, um sich in den zahlreichen Foren und bei den ausstellenden Unternehmen über innovative Konzepte, neue pädagogische Ansätze, Neuheiten und aktuelle Lösungen zu informieren. Die Unternehmen freuten sich über das große Interesse und hoben ausdrücklich die sehr hohe Qualität aufseiten der Besucherinnen und Besucher hervor. „Der Branche die notwendigen Impulse für das Business zu geben und ihre Leitfunktion als wichtigster Branchentreff-

punkt mit hoher Relevanz zu erfüllen: Die didacta hat beide Aufgaben mit Bravour gemeistert. Zudem hat sie ihre Qualität als effiziente Networking-Plattform überzeugend unter Beweis gestellt“, so Koelnmesse-Geschäftsführer Oliver Frese.

Auch in diesem Jahr waren wieder viele politische Entscheidungsträger nach Köln gekommen, um mit Erziehenden, Lehrerinnen und Lehrern oder Profis der Aus- und Weiterbildung über notwendige Veränderungen des Bildungssystems zu diskutieren. Das unterstreicht, dass die Messe trotz Zwangspause weiterhin eine große Zugkraft für die Branche besitzt. Davon zeigte sich auch Reinhard Koslitz, Hauptgeschäftsführer des Didacta Verbandes überzeugt: „Der Neustart der didacta ist gelungen. Wir hatten

DATEN • FAKTEN • WISSEN didacta Köln 2022 in Zahlen

- 7. bis 11. Juni 2022
- Die „didacta - die Bildungsmesse“ ist die größte Fachmesse für Lehrkräfte aller Bildungsbereiche in Europa und die wichtigste Weiterbildungsveranstaltung der Branche.
- An der didacta Köln 2022 beteiligten sich 555 Unternehmen aus 55 Ländern, davon 139 Aussteller aus dem Ausland.
- Kongressprogramm mit 500 Einzelangeboten aus hochkarätigen Foren, Workshops, Vorträgen, praxisorientierten Seminaren, Sonderschauen und Podiumsdiskussionen.
- Insgesamt boten an den fünf Messtagen 485 Referentinnen und Referenten den Besucherinnen und Besuchern der didacta 2022 fast 300 Stunden Programm an.
- Rund 35.000 Besucherinnen und Besucher
- Angebotsbereiche 2022: Frühe Bildung, Schule/Hochschule, Berufliche Bildung/myQ-Qualifizierung
- Besucherzielgruppen: Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher, Trainerinnen und Trainer, Eltern, Beschäftigte und Interessierte aus allen Bildungsbereichen
- Die nächste didacta findet vom 7. bis 11. März 2023 in Stuttgart statt.
- Die nächste didacta in Köln findet vom 20. bis 24. Februar 2024 statt.

auf das Zusammentreffen vor Ort gesetzt und das Interesse der Besucherinnen und Besucher zeigt, dass der persönliche Austausch durch nichts zu ersetzen ist.“

Bildung müsse Antworten auf die großen Herausforderungen unserer Zeit geben. Koslitz weiter: „In den vergangenen Tagen haben wir intensive Debatten darüber geführt, was zeitgemäße Bildung auszeichnet und wie wir junge Menschen stark machen können. Der Didacta Verband und die Unternehmen der Bildungswirtschaft haben viele Impulse gesetzt und zugleich neue Aufgaben mit auf den Weg bekommen. Wir werden nun alles daransetzen, die Anforderungen aus der Praxis aufzugreifen, um auch weiterhin Fach- und Lehrkräfte bestmöglich zu unterstützen. Die nächste Chance dazu bietet sich im März 2023 auf der didacta in Stuttgart.“

Zu den zentralen Themen der didacta 2022 gehörten sowohl bei den ausstellenden Unternehmen als auch in den Foren und Workshops – neben den Auswirkungen der Pandemie auf alle Bereiche der Bildung – die immer schneller voranschreitende Digitalisierung in den Schulen und Betrieben, Fragen der Nachhaltigkeit sowie die Situation und Integration geflüchteter Kinder. Überdies wurde auf der Messe deutlich, dass sich Bildung immer stärker neuen pädagogischen Konzepten und ‚Neuen Medien‘ zur Wissensvermittlung öffnet. Das Internet wird in Kita, Schule und in der beruflichen Bildung zur flexiblen und schier unerschöpflichen Wissensquelle. Das führt zu einer immer stärkeren Individualisierung der Bildung.

Die didacta endlich wieder als Präsenzveranstaltung ...



Prof. Dr. Matthias Degen eröffnete und moderierte die Auftaktveranstaltung der didacta.

AUFTAKTVERANSTALTUNG – ERÖFFNUNG DER DIDACTA

Die Oberbürgermeisterin der Stadt Köln, Henriette Reker, eröffnete die didacta 2022 in Köln. Nach zwei Jahren Pandemie konnte die Messe zum ersten Mal wieder in Präsenz stattfinden. Reker blickte auf die Zeit der Pandemie zurück und reflektierte dabei den Einfluss und die Auswirkungen auf die Lage an den Kitas über die Schulen bis hin zu den Hochschulen. Die Stärke der didacta sieht Reker im Diskurs miteinander, im Probleme Erkennen und Lösungen Finden. Wesentlicher Punkt sei es, die Bildung fit zu machen für die Zukunft.

Niehaus, der Präsident des Didacta-Verbands, betonte, dass man Bildung neu denken müsse und zwar im Sinne von sozial, gerecht, digital. Man müsse sich stark machen für die Entwicklung der jungen Menschen, die man für Berufe qualifizieren müsse, die heute noch unbekannt sind, und ihnen entsprechende Werte und Kompetenzen beibringen. Dazu müsse man die Wege

ebnen in eine digitale Welt und Strukturen für eine zeitgemäße Bildung anpassen. Voraussetzung dafür sei eine Unterstützung der Personen, die in der Bildung tätig sind.

DR. JENS BRANDENBURG UND NATHANIEL LIMINSKI IM TALK MIT PROF. DR. MATTHIAS DEGEN

Dr. Jens Brandenburg, parlamentarischer Staatssekretär im Bundesbildungsministerium, betonte, dass digitale Bildung nicht nur Ausstattung sei, sondern vielmehr Kompetenzen vermitteln solle. Lehrkräfte müssten intensiv in ihrer Arbeit unterstützt werden. „Sie sind Pädagogen und keine Verwalter“, so Brandenburg.

Für Nathanael Liminski, Chef der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, steht Bildung ganz oben auf der Agenda. Die Schulen sähen sich vielen Herausforderungen gegenüber, u. a. sei Schule ein Ort der Ruhe für ukrainische Kinder. Die Krisenresilienz einer Gesellschaft liege in der Familie und in der Schule.

... Jürgen Böhm im Gespräch mit Henriette Reker





Die Teilnehmerrunde mit Jürgen Böhm, VDR; Volker Jürgens, AixConcept GmbH; Frank Rock, Landrat Rhein-Erft Kreis und Nilgül Karabulut-Klöppelt, SPD-Fraktion im Landtag NRW diskutierte mit Moderator Dr. Jan Hofer die Erkenntnisse, die Bildung aus der Pandemiezeit gewonnen hat.



Johannes Klapper, Agentur für Arbeit Köln; Christian Hollmann, Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB); Sevil Mutlu, Technische Universität Darmstadt; Jürgen Böhm, VDR und Moderatorin Kate Maleike, Deutschlandfunk (v.l.n.r.)

Auf den Foren der didacta fanden einige Podiumsdiskussionen statt – ein kleiner Auszug:

Schule mit und als System – Wo stehen wir nach der Pandemie?

Jürgen Böhm hob den aktuellen Stand in der Bildung hervor und die Notwendigkeiten, die es jetzt braucht. Es gebe immer noch große Defizite in der Digitalisierung, was Anwendungen und Technik betrifft. Man dürfe die Lehrkräfte jedoch nicht verheizen und mit zusätzlichen Aufgaben on Top überfrachten, wie etwa durch Fortbildungen, Beschulung der ukrainischen Kinder oder durch Vorgaben durch die pandemische Lage. Wichtig seien integrierte Lehrerreserven, die ein Kollegium mit 130 Prozent der Stundenmaße versorgten. In der Bildung finde in der Politik oft ein Hin- und Herschieben von Zuständigkeiten statt. Es brauche Bildungskonzepte, die die Schulen auf die Umsetzung auch in der Informationstechnologie vorbereiten. Dazu benötige man pädagogische Freiheiten, aber auch digitale Standards. Zudem bedürfe es einer differenzierten Betrachtungsweise auf die unterschiedlichen Schularten, einer Verbindung mit der heimischen Wirtschaft und dem Mittelstand.

Frank Rock ging mit diesen Ausführungen mit und forderte zusätzliche personelle Ressourcen, vor allem auch zusätzliche IT-Lehrkräfte. Dabei hänge auch viel vom Sachaufwandsträger ab. Ebenso äußerte sich Volker Jürgens, der zudem Dienstleister und Experten von außen in IT für den technischen Ausbau von Schulen forderte. Nilgül Karabulut-Klöppelt regte einen Finanztopf an Schulen an, über die die Schulen selbst verfügen könnten. Wichtigster Punkt in ihren Augen sei die Manpower vor Ort.

Neustart nach der Pandemie – die Welt der hybriden und digitalen Möglichkeiten

Jürgen Böhm forderte eine Diskussion über die unterschiedlichen Lerneffekte während der Pandemie und wie man sie mit digitalen Möglichkeiten schmälern könne, über digitale Leistungserhebungen und wie man sie rechtlich sicher und praktikabel umsetzen kann, über digital basierten Präsenzunterricht, über eine klare Standardisierung unterrichtsfähiger Software und Plattformen. Das dürfe jedoch nicht bedeuten, dass die Lehrkraft zu jeder Zeit digital erreichbar ist oder alles Material digital zur Verfügung

stellt. Die Lehrkräftebildung müsse schon an den Universitäten digitale Inhalte bieten und die künftigen Lehrer auf ihre Tätigkeit in der Praxis vorbereiten. Bei allen digitalen Möglichkeiten dürfe man nicht vergessen, dass die Welt analog ist. Besonders sei an den Schulen auch die Berufsorientierung elementar. Die Realschulen seien hier seit Jahrzehnten Vorreiter und würden umfassende Verbindungen zur Wirtschaft pflegen. Auch ein ökonomisches Verständnis und ein Wagemut zum Unternehmertum müssen gestärkt werden.

Gute Lernortkooperation ist Wirtschaftsförderung in der Region. Durch den Fachkräftemangel wird die duale Ausbildung immer wertvoller. Was lockt junge Menschen in die Berufsausbildung?

Die Forumsteilnehmer waren sich einig, dass man die die Schulen für die Wirtschaft und den Mittelstand öffnen müsse. Besonders der Deutsche Mittelstand sei das Gerüst der deutschen Wirtschaft. Fehlleitungen von Schülern, die durch eine Über-Akademisierung im Land entstanden sei, müssten eingedämmt werden. Den jungen Menschen müssten die Perspektiven nach der Ausbildung mit all ihrer Vielfalt aufgezeigt werden.

TEAMWORK AM STAND

Das Team um lehrer NRW leistete hervorragende Arbeit am gemeinsamen Stand mit dem VDR und unserem Wirtschaftspartner debeka. Alle genossen die Veranstaltung in Präsenz – viele Gespräche und Unterhaltungen zeugten von einem echten Neustart nach der Pandemie.

Text: Waltraud Eder
eder@vdr-bund.de



© Fotos: didacta; Waltraud Eder; Friedhelm Windmüller



Pankratz Männlein, BVLB e.V., Jürgen Böhm, VDR; Prof. Dr. Martin Wortmann, Bildungsallianz des Mittelstands (nicht im Bild: Moderatorin Kate Maleike, Deutschlandfunk)



Das Team lehrer nrw am Stand mit dem VDR

Interview mit Andrej Priboschek und Jürgen Böhm

„Der Staat ist weit davon entfernt, eine einheitliche Lösung anbieten zu können“: VDR-Bundesvorsitzender Jürgen Böhm über Lernplattformen, Datenschutz und die Vorreiterrolle der Realschulen bei der Digitalisierung der Bildung

Köln, den 9. Juni 2022. Digitale Vorreiter Realschulen? Jürgen Böhm, Bundesvorsitzender des Deutschen Realschullehrerverbands (VDR), erklärte auf dem didacta-Stand von AixConcept – dem IT-Dienstleister für Schulen – im Gespräch mit News4teachers-Herausgeber Andrej Priboschek, warum oftmals Realschulen bei der Digitalisierung vorangehen, wieso ein Datenschutz mit Augenmaß gefordert ist und weshalb der Staat mit der Entwicklung von Lernplattformen kein gutes Bild abgibt.

Gerade die Realschulen scheinen bei der Digitalisierung im Vergleich der Schulformen recht weit zu sein. Ist der Eindruck richtig – und, wenn ja, woran liegt das?

Jürgen Böhm: „Die Realschulen haben bereits in den 1990ern auf digitale Inhalte und Informationstechnologie im Unterricht gesetzt. Die Lehrplaninhalte wurden stets an die Anforderungen der Realität angepasst und weiterentwickelt. In der Lehrerbildung gibt es eigenständige Studiengänge, die eine fundierte und qualitätvolle Bildung und einen entsprechend hochwertigen Unterricht gewährleisten. Digitale Inhalte und Techniken werden schon seit Jahren nicht mehr nur auf IT beschränkt, sondern finden in der Praxis in vielen anderen Fächern und Unterrichten Anwendung.“

Auf der didacta im vergangenen Jahr haben Sie berichtet, „nach dem Schock der ersten Schulschließungen haben die Schulen sehr schnell versucht, auf digitale Formate umzustellen“, zumeist wohl mit pro-

fessionellen Lösungen, die ihnen aus der Wirtschaft angeboten wurden. Wie stellt sich die Lage für Sie derzeit dar?

„Die digitalen Formate wurden konsequent weiterentwickelt und haben Einzug in alle Bereiche der Realschulbildung gefunden. Durch länderspezifische Entwicklungen und politische bzw. durch den Datenschutz begründete Entscheidungen, ob gewisse Plattformen weiterhin (kostenfrei) genutzt werden dürfen, kam und kommt es jedoch immer wieder zu Verunsicherungen und Unmut bei den Kollegen. In manchen Bundesländern sollen hauseigene Plattformen die bisherigen kommerziellen ablösen. Diese Entwicklung wird sehr kritisch gesehen. Die Kapazitäten, der pädagogische Nutzen und Zweckmäßigkeit dieser Plattformen können oft mit den bewährten kommerziellen Anwendungen nicht konkurrieren. Weiterhin würde mit dieser Entwicklung eine Kluft zwischen allgemeinen in der Gesellschaft und Wirtschaft angewendeten Standards und der Bildung erzeugt.“

Die Debatte um Datenschutz in Schulen nimmt mitunter einen sehr breiten Raum ein – breiter als in anderen Bereichen, wo gleichfalls sensible Daten verarbeitet werden. Brauchen wir in der Bildung diesbezüglich einen pragmatischeren Ansatz?

„Der Datenschutz hat natürlich seine Berechtigung. Er darf sinnvolle inhaltliche Anwendungen und Entwicklungen nicht einschränken oder gar blockieren. Sobald der Datenschutz Lehrwerke nicht mehr alltagstauglich macht (QR-Codes) oder pädagogische digitale Konzepte zunichtemacht, muss man überlegen, ob es nicht Anpassungen und Absprachen mit den professionellen Anbietern in Europa und Übersee braucht. Die praktische Arbeit vor Ort, sowohl im Unterricht als auch in der Verwaltung, muss gewährleistet werden, ohne die Beteiligten unnötig zu gängeln oder künstliche Barrieren aufzubauen.“

Der Staat hat sich bislang bei der Entwicklung von Lernplattformen für Schulen nicht gerade mit Ruhm bekleckert. Brauchen wir auch hier einen pragmatischeren Ansatz, der auf Vielfalt statt auf Einheitslösungen setzt?

„Der Staat ist weit davon entfernt, eine einheitliche Lösung anbieten zu können. Dazu müssten die einzelnen Bundesländer konsequent zusammenarbeiten. Die Vielfalt der Bildung würde darunter nur leiden. Schließlich bedarf es nicht nur einer Lernplattform als Softwarelösung, sondern auch der methodischen und didaktischen Inhalte, die diese Plattformen füllen. Diese müssen sich auf die vielfältigen Lehrpläne und Curricula der Länder beziehen und echte Angebote für die Lehrkräfte darstellen. Davon sind wir weit entfernt.“

Wichtiger wäre es, hier den Freiraum der pädagogischen Gestaltung einzuräumen. Nutzungsverbote bringen die Bildung nicht voran. Passgenaue Anwendungen müssen genutzt werden können – Anpassung modernster Standards statt ‚Eigenkreationen‘ auf niedrigem Niveau.“

Sie sagen, die Lehrkräfte sollten die digitale Entwicklung, die sich in der Corona-Krise ergeben hat, mitnehmen. Welche Lehren sollten Lehrkräfte aus den bisher gemachten Erfahrungen ziehen?

„Die Kollegien sind breit aufgestellt, nutzen Fortbildungsangebote und bieten ihr eigenes Wissen und Können in schulinternen Kurzfortbildungen an. Wichtig ist jetzt, die-

se Kenntnisse zu nutzen und umzusetzen. Das darf allerdings nicht dazu führen, dass die Lehrkraft nur noch als bloßer Lieferant von digitalem Material für Schüler und Eltern gesehen wird. Wir müssen die Kinder und Jugendlichen wieder dazu erziehen, selbstständig und eigenverantwortlich am Unterricht teilzunehmen und auch ihre Pflichten wieder zu erkennen. Die Digitalisierung dient der Didaktik und der Methodik, nicht umgekehrt.“

Wie sieht für Sie der Unterricht der Zukunft an der Realschule aus?

„Die Realschule greift schon seit jeher die realen und aktuellen Entwicklungen in Gesellschaft, Wissenschaft, Ökonomie

und Technik auf. Auch ist die Verbindung von Theorie und Praxis das bestehende pädagogische Prinzip an den Realschulen. Das heißt Bezüge zur Lebenswirklichkeit in einer digitalen Welt gehören zur DNA der Realschulbildung. Der digital gestützte Präsenzunterricht muss die Vorteile der Digitalisierung mit der analogen Präsenz und Kommunikation verbinden. Der Kontakt zur Wirtschaft und Wissenschaft wird gerade durch die digitale Kommunikation aus dem Klassenzimmer heraus weiter verstärkt werden. Auf der anderen Seite wird die Expertise der Wirtschaft in die Schulen hineingeholt.“

Didacta Verband wählt neuen Vorstand

Didacta-Mitglieder bestätigen Präsident Dr. Niehaus und Vizepräsident Dr. Prinz – Jürgen Böhm neu im Vorstand

Dr. Theodor Niehaus bleibt drei weitere Jahre Präsident des Didacta Verbands. Niehaus wurde am 21. Juni 2022 in Seeheim-Jugenheim von der Mitgliederversammlung wiedergewählt. Der ehemalige Vorstand der Festo Didactic SE und Gründer von WorldSkills Germany steht seit 2019 an der Spitze des Verbandes der Bildungswirtschaft.

Ebenfalls für eine weitere Amtszeit von drei Jahren bestätigten die Didacta-Mitglieder Dr. Hans-Joachim Prinz von der Firma LD Didactic als Vizepräsident Messen. Zur Wahl standen zudem vier Vorstandsmitglieder: Prof. Dr. Julia Knopf, Universität des Saarlandes und Didactic Innovations, Dr. Marion Müller, Geonat Kassel und Gerhard Zupp, Deutsche Gesellschaft für Sprachheilpädagogik verbleiben im Vorstand. Neu in das Gremium gewählt wurde Jürgen Böhm, Vorsitzender des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR) und Vizepräsident des Deutschen Lehrerverbandes (DL).

Anfang dieses Monats gelang dem Didacta Verband ein vielversprechender Neustart der didacta – die Bildungsmesse, die wegen der Co-



Der neu gewählte Didacta-Vorstand (v.l.n.r.):
Dr. Marion Müller, Wilmar Diepgrond, Dr. Hans-Joachim Prinz,
Gerhard Zupp, Dr. Theodor Niehaus, Prof. Dr. Julia Knopf
und Jürgen Böhm (nicht im Bild: Prof. Dr. Wassilios Fthenakis)

rona-Pandemie erstmals nach drei Jahren wieder in Präsenz stattfinden konnte.

DIDACTA VERBAND SETZT AUF INTENSIVEN DIALOG MIT POLITIK UND VERWALTUNG

Dr. Theodor Niehaus: „Bildung in der Kultur der Digitalität erfordert neue Kompetenzen, neue Lehr- und Lernmethoden und neue Räume. Die Bildungsunternehmen unterstützen diesen Wandel mit praxisorientierten, innovativen Einrichtungen, Materialien, Medien und Konzepten. Nur müssen diese auch in den Kitas, Schulen und Unternehmen ankommen. Deutschland darf es sich nicht länger leisten, dass seine Bildungseinrichtungen die anstehenden Herausforderungen mit der Ausstattung aus dem vorigen Jahrhundert bewältigen müssen.“

Die Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen der Bildungspolitik auf Bundes- und Landesebene sowie mit den kommunalen Bildungsträgern rückt deshalb in den Fokus des Didacta Verbands. Neue Dialogformate sollen den Austausch der Bildungswirtschaft mit Politik und Verwaltung stärken und die Kooperation fördern.

Geht der Deutsche Schulpreis 2023 an Ihre Schule?



Wir wollen Ihre Schule kennenlernen!

Wir suchen Schulen, die allen Schüler:innen gerecht werden und sie bestmöglich auf die Zukunft vorbereiten. Deshalb dreht sich der Deutsche Schulpreis 2023 um die Frage: Wie gestalten Sie an Ihrer Schule qualitativvolles Lehren und Lernen?

Bewerben Sie sich bis zum 15. Februar 2023 online für den Deutschen Schulpreis 2023 oder empfehlen Sie eine Schule, die unsere Jury Ihrer Meinung nach besuchen sollte.

Alle Informationen finden Sie auf www.deutscher-schulpreis.de/bewerbung!



Der Deutsche Schulpreis

BURNOUT • DEPRESSIONEN • ÄNGSTE • TRAUMA

Der richtige Ort,
um **gesund** zu werden!



linik wersbach

Klinik für Psychosomatik,
Psychiatrie und Psychotherapie

Schnelle Hilfe für die Seele
Stationär • Teilstationär

Unsere Kooperationspartner



Wir sind für Sie da!

Tel.: (0 21 74) 398-0
www.klinik-wersbach.de

Wersbach 20 • 42799 Leichlingen-Witzhelden • Tel.: (0 21 74) 398-0 • Fax (0 21 74) 398-398 • info@klinik-wersbach.de

linik wersbach

empfehlen

GUT Landes **LANDSCHEID**
Hotel & Restaurant

übergewöhnlich, Bergisch!

www.gut-landscheid.de • www.landscheider-park.de



Dr. Robert Habeck, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, sagte: „Im Sinne der Chancengerechtigkeit sollte eine flächendeckende ökonomische Bildung zur Selbstverständlichkeit werden.“



BÖB-Kongress in Berlin: Ökonomische Bildung muss alle Kinder und Jugendlichen erreichen!

Fehlende wirtschaftliche Kenntnisse erschweren vielen Menschen den Start in ein selbstbestimmtes Leben. In ihrer Gesamtheit werden sie zum Problem für Demokratie, Gesellschaft und die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit. Was Deutschland tun kann, um die ökonomischen Kompetenzen in den Schulen zu stärken, diskutierten rund 150 Expertinnen und Experten aus einer großen Bandbreite von Institutionen, u. a. aus Wissenschaft, Schule, Politik und Wirtschaft, auf dem ersten bundesweiten Kongress des Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland e.V. (BÖB) in Berlin.



Von links: Dr. Michael Koch, René Michel, Waltraud Eder, Jun.-Prof. Dr. Tim Kaiser – Wissenschaft und Schulen diskutierten Rahmenbedingungen einer erfolgreichen Finanzbildung

Die Bedeutung ökonomischer Bildung unterstrich Schirmherr Dr. Robert Habeck, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, zu Beginn der Veranstaltung: „Im Sinne der Chancengerechtigkeit soll-

te eine flächendeckende ökonomische Bildung daher zur Selbstverständlichkeit werden – für den Einzelnen, aber auch um die Zukunftsfähigkeit Deutschlands als Wirtschafts- und Wissenschaftsstand-

ort zu wahren.“ Für die Präsidentin der Kultusministerkonferenz (KMK) und Bildungsministerin von Schleswig-Holstein Karin Prien ist „ökonomische Bildung ein unverzichtbarer Bestandteil der Allgemeinbildung. Ökonomische Bildung vermittelt nicht nur Wirtschaftskompetenz, sondern auch die Botschaft: Nimm Dein Leben selbst in die Hand, sei aktiv, über-nimm Verantwortung.“

Dr. Jens Brandenburg, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, hielt ebenfalls ein starkes Plädoyer für die ökonomische Bildung von jungen Menschen: „Eigene Kenntnisse über die Wirkmechanismen der Finanzmärkte und über die Möglichkeiten der Geldanlage und der privaten Altersvorsorge stärken die finanzielle Selbstbestimmung.“

Eine aktuelle Studie der Universität Koblenz-Landau belegt die Wirksamkeit ökonomischer Bildung in der schulischen Praxis. Denn nach Einführung des Schulfachs Wirtschaft in Baden-Württemberg im Jahr 2016 sind hier positive Effekte auf ökonomisches Wissen und Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler festgestellt worden.

Dr. Michael Koch, Institut für Ökonomische Bildung Oldenburg (IÖB), forderte deshalb eine hinreichende Verankerung im Schulunterricht optimalerweise als Un-

Blicken auf eine erfolgreiche Veranstaltung (von links):
Dr. Matthias Meyer-Schwarzenberger, Dr. Wolf Prieß, Verena von Hugo,
Jürgen Böhm und Sven Schumann. Bild rechts: René Michel und Nicolas Cordes



terrichtsfach. Waltraud Eder, Realschuldirektorin aus Bayern, forderte eine spezifische Lehrerbildung, ohne die das Fach Wirtschaft keinen dauerhaften Bestand haben könne.

Ziel müsse es sein, so das Resümee einer Diskussionsrunde mit Burkhard Balz (Vorstandsmitglied der Deutschen Bun-

desbank), Dr. Nicola Brandt (Leiterin des OECD Berlin Centre) und Vanessa Koch (Bundesministerium für Finanzen der Republik Österreich), auch in Deutschland eine nationale Strategie für ökonomische Bildung auf den Weg zu bringen.

In ihrem Schlusswort hielten die beiden Co-Vorsitzenden des Bündnisses, Verena

von Hugo und Sven Schumann, fest, dass die Erkenntnisse für eine stärkere Verankerung ökonomischer Bildung sprechen und dass es jetzt auf den politischen Willen auf Bundes- und Landesebene ankomme.

Pressemitteilung vom 27. September 2022



Dr. Jens Brandenburg plädiert für eine fundierte Finanzbildung an Schulen



Der Kongress bot neben den Workshops viel Gelegenheit zum Netzwerken.

Anzeige

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLANDS Schulen

Praxisorientierter Unterricht mit der F.A.Z.



- ✔ Kostenfreie digitale Unterrichtsmaterialien für den allgemeinbildenden Unterricht
- ✔ Medienpädagogische Zeitungsprojekte inklusive Digital-Abos der F.A.Z.

Jetzt kostenfrei
registrieren:
fazschule.net



fazschule.net

Das Schul- und Lehrerportal

AUSFALL!

LÄNDERSPIEGEL

Foto: Adobe Stock

→ BAYERN



Jürgen Böhm

Anfang April bezeichnete der brlv-Landesvorsitzender Böhm die vom bayerischen Kabinett beschlossene Einstellung der Corona-Testungen an weiterführenden Schulen als „richtigen

Schritt“ und bekräftigte zum wiederholten Male: „Schulen waren und sind keine Testzentren!“. Als dann Ende April das Thema Übertrittsverfahren auf die Medienagenda gelangte, plädierte der brlv im Interesse der jungen Menschen für die bedingungslose Beibehaltung des gewohnten Übertrittsverfahrens und warnte vor Fehlentwicklungen bei der Wahl der weiterführenden Schulart. Böhm bekräftigte: „Mit dieser ideologisch aufgeladenen Diskussion zur Sinnhaftigkeit des Übertritts an weiterführende Schulen muss endlich Schluss sein!“.

Nach zweijähriger coronabedingter Pause lud der Bayerische Realschullehrerverband am 21. Juni 2022 wieder zum Bildungspolitischen Empfang. Abgeordnete aus dem Bayerischen Landtag, Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft, der Kommunen, der Partner-Realschulverbände, aus den Stiftungen und dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus samt Ministerialbeauftragten fanden sich bei bestem Wetter im sommerlichen Palmengarten des Café Luitpold ein. In guter Tradition stellte der Verband seine jährliche Kampagne vor. Unter der Leitidee „Life is REAL. Du mit-tendrin. #Realschule“ leistet der brlv pro-aktiv einen wichtigen Beitrag, um dem sich zunehmend verschärfenden Lehrkräftemangel entgegenzuwirken und die zahlreichen Vorzüge der Realschulbildung in den

Fokus zu rücken. Alle Gesichter der Kampagne sind junge, engagierte Realschullehrerinnen und Realschullehrer aus Bayern.

In den Monaten Juni bis September äußerte sich der brlv zudem zu den Brückenklassen für ukrainische Kinder und Jugendliche, den Realschulabschlussprüfungen in Bayern, dem von der Staatsregierung angekündigten, ab dem kommenden Schuljahr verpflichtenden „Tag des Handwerks“ an weiterführenden Schulen und natürlich den Einstellungszahlen zum neuen Schuljahr 22/23. Die seit Jahren mit Nachdruck gestellte Forderung nach einer Aufstockung der Integrierten Lehrerreserve (ILR) wurde weiter in die Tat umgesetzt, es kamen 120 zusätzliche Vollzeitstellen zweckgebunden hinzu. Auch die vom Kultusministerium vorgesehene Einstellung von 542 Kolleginnen und Kollegen zum neuen Schuljahr sei ein wichtiges Signal, so Vorsitzender Böhm. Insgesamt sind die bayerischen Realschulen für das neue Schuljahr gut aufgestellt, allerdings zeichnen sich auch hier mittelfristig Personallengpässe ab.

→ NORDRHEIN-WESTFALEN



Sven Christoffer

Feller. Auch der neue Staatssekretär Dr. Urban Mauer war bei dem Acht-Augen-Gespräch dabei. In dem einstündigen Austausch kamen alle Themen auf den

Am 25. Juli – nicht einmal vier Wochen nach Dienstantritt der Ministerin – hatten Sven Christoffer und Sarah Wanders Gelegenheit zu einem ersten Aus-

tausch mit Dorothee

Tisch, die an den Schulen und in der Lehrerschaft derzeit akut sind. An erster Stelle rückte der Lehrkräftemangel in den Fokus. Die Ministerin bekräftigte, dass sie das im Koalitionsvertrag niedergelegte Versprechen, 10.000 zusätzliche Lehrkräfte ins System Schule zu bringen, schnellstmöglich umsetzen will. Sven Christoffer und Sarah Wanders lobten in diesem Kontext die Ankündigung der Landesregierung, die Eingangsbesoldung für alle Lehrämter nach A13 anzuheben und dies auch ohne weitere Qualifizierungsmaßnahme auf Bestandslehrkräfte zu übertragen. Dies werde zur Attraktivitätssteigerung des Lehrerberufs beitragen, so die beiden lehrer nrw-Vertreter, die allerdings auch eine zügige Umsetzung anmahnten.

Außerdem wiesen Sven Christoffer und Sarah Wanders auf die nach wie vor erheblichen Probleme bei der Inklusion hin. Einige Schulen hätten nicht einmal ein Drittel ihrer Sonderpädagogenstellen besetzt. Wichtig sei unter anderem, dass die im Koalitionsvertrag angekündigten Funktionsstellen für Inklusions-Koordinatoren an den Schulen zeitnah bereitgestellt werden.

Auch die Fachleitungsproblematik wurde angesprochen: Aus Sicht von lehrer nrw kann es nicht sein, dass die Arbeit der Fachleitungen im Sek-II-Bereich mit Funktionsstellen samt A15-Besoldung belohnt wird, während die Kolleginnen und Kollegen in der Sekundarstufe I sich mit A12 und einer schmalen Zulage begnügen müssen. Das Resultat ist ein gravierender Mangel an Fachleitungen im Sekundarbereich I, so dass hier eine wichtige Säule der Lehrerausbildung wegzubrechen droht. Dies könne sich NRW gerade vor dem Hintergrund des Lehrkräftemangels nicht erlauben.

„Dass die neue Schulministerin so schnell mit einer Einladung zum Austausch an uns herangetreten ist, haben wir – ebenso wie das Gespräch selbst – als sehr wertschätzend empfunden. lehrer nrw steht für eine konstruktiv-kritische Zusammenarbeit mit der Ministerin und ihrem Haus zur Verfügung“, betonte Sven Christoffer im Anschluss.

→ RHEINLAND-PFALZ

Der Verband Reale Bildung (VRB) blickt mit Sorge auf das kommende Schuljahr 2022/2023. Die Unterrichtsversorgung an den Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen sei unzurei-



Timo Lichtenthäler

nicht die Wirklichkeit ab, erklärt Landesvorsitzender Timo Lichtenthäler. Denn diese Zahl erfasse nicht den zusätzlichen Unterrichtsausfall von etwa zehn Prozent, der durch Krankheiten, Schwangerschaften, Elternzeiten oder Schulveranstaltungen entstehe.

Die Schulen beklagen nahezu flächendeckend das Fehlen einer ausreichenden Anzahl an Lehrkräften. Der VRB führt dieses Defizit auch auf ein jahrelanges Versäumnis der Landesregierung zurück, eine effektive und Erfolg versprechende Anwerbung für das Lehramt an Realschulen plus in Gang zu bringen. Schließlich sei der Lehrerberuf auch in der Öffentlichkeit nicht attraktiver geworden. Die Rahmenbedingungen in den Schulen hätten sich nicht verbessert. Die Belastungen, die den Lehrerinnen und Lehrern auferlegt worden seien, hätten das Limit längst überschritten. Corona, Homeschooling, Integration geflüchteter Kinder und Jugendlichen aus unterschiedlichen Ländern, Sprachbarrieren, Erlahmung des Digitalisierungsprozesses seien nur einige der Faktoren, die neue und zusätzliche Aufgaben für die Schulen nach sich zögen, so der VRB-Landesvorsitzende Timo Lichtenthäler. Mit dem aktuellen Personalstand seien diese gewaltigen Herausforderungen nicht mehr zu bewältigen. Bereits vor den Krisenzeiten – Corona, Kriegsgeschehen und deren Folgen – habe der VRB auf die hohe

chend. Die in Kürze publik werdenden amtlichen Zahlen würden den aktuellen Unterrichtsausfall bestätigen, prognostiziert der VRB. Der statistische Wert bilde jedoch

Unterrichtsverpflichtung und die großen Klassen immer wieder hingewiesen. Dass die Umsetzung dieser notwendigen Maßnahmen in der Vergangenheit versäumt wurde, wirke sich jetzt verstärkt negativ aus. Die pädagogische Situation habe sich insgesamt verändert, der Verlust an Motivation und Kraft sei allenthalben spürbar. Der VRB fordert die Landesregierung auf, alle Ressourcen zu mobilisieren, um den eklatanten Mangel an Lehrkräften und Unterstützungspersonal zu reduzieren. „Will die Landesregierung kurz- und mittelfristig Lehrkräfte behalten und zudem neue gewinnen, dann muss sie auch deren Besoldung in den Blick nehmen und finanzielle Anreize schaffen“, so Verbandschef Lichtenthäler.

→ SAARLAND



Karen Claassen

dass es eine Planstellenberechnung gibt, die den veränderten Bedingungen an den Schulen nicht gerecht wird. Seit Jahren fordert der VRB hier dringend ein Nachsteuern. Die Belastungen, die den Lehrerinnen und Lehrern auferlegt worden sind, haben hier spürbare Folgen hinterlassen. Corona, Homeschooling, Integration geflüchteter Kinder und Jugendlicher aus unterschiedlichen Ländern und mit unterschiedlichen Kulturen, Sprachbarrieren, Inklusion, zu große Klassen, Digitalisierung und alle hiermit aufgetretenen und noch auftretenden Problematiken sind mit dem vorgegebenen Personalschlüssel nicht

Laut Bildungsministerin Streichert-Clivot gibt es im Saarland noch keinen Lehrermangel, das liegt aber nicht daran, dass es genug Lehrerinnen und

Lehrer gibt, sondern dass es eine Planstellenberechnung gibt, die den veränderten Bedingungen an den Schulen nicht gerecht wird. Seit Jahren fordert der VRB hier dringend ein Nachsteuern. Die Belastungen, die den Lehrerinnen und Lehrern auferlegt worden sind, haben hier spürbare Folgen hinterlassen. Corona, Homeschooling, Integration geflüchteter Kinder und Jugendlicher aus unterschiedlichen Ländern und mit unterschiedlichen Kulturen, Sprachbarrieren, Inklusion, zu große Klassen, Digitalisierung und alle hiermit aufgetretenen und noch auftretenden Problematiken sind mit dem vorgegebenen Personalschlüssel nicht

mehr machbar. Dokumentationspflichten, Beratungsgespräche mit verschiedenen Vertretern der Kinderfürsorge, Koordination von Lehrkräften unterschiedlicher Professionen usw. erfordern Zeitkontingente und Personalressourcen, die nicht im erforderlichen Umfang vorhanden sind. Auch Vertretungsreserven gibt es nicht ausreichend: die Zahl von Ausfällen von schwangeren Kolleginnen und reguläre Krankheitsvertretungen sind seit Corona höher und führten nicht zu einer spürbaren Entlastung in den Schulen durch Nachsteuerung.

Auch Corona wird uns wohl auch in diesem Schuljahr begleiten und es zeichnet sich ab, dass es keine weiteren Vorkehrungen zum Schutz aller in Schule Tätigen gibt, als regelmäßiges Lüften. Durch die Energiekrise wird nun selbst dieses „Konzept“ zu einem Risiko. Ob allen Schülern und Lehrenden ein zumutbarer Arbeitsplatz zur Verfügung gestellt werden kann ist mehr als fraglich. Schon im letzten Winter haben sehr viele gefroren und wurden mit ihren Nöten allein gelassen.

Die Einführung von G9 im Saarland ist mit den Beginn des Schuljahres gestartet, jedoch ist organisatorisch noch kein großer Unterschied zu G8 zu erkennen.

Wir fordern von der Bildungsministerin ein zukunftsfähiges Planstellenkonzept entsprechend der schulischen Realität, eine Kampagne zur Hebung der Attraktivität und Wertschätzung des Lehrerberufs und eine Offensive zum Halten der ausgebildeten Lehrer im Saarland, ebenso wie eine zielgerichtete Anwerbung von zukünftigen Lehramtsstudenten für Sek-I, Förderschulen und Grundschulen, um unseren Schülern eine vernünftige Bildung in der nahen Zukunft bieten zu können.



Wir behandeln ganzheitlich:

- Erschöpfung, Überlastungs- und Burn-out-Syndrom
- Depressionen und Ängste
- Chronische Rückenbeschwerden und Schmerzen
- Herz-Kreislauf-Erkrankungen
- Diabetes und andere Stoffwechselerkrankungen



DEKIMED®

Celenus Deutsche Klinik für Integrative Medizin und Naturheilverfahren

Fachzentrum für Innere Medizin/Stoffwechsel, Psychosomatik und Orthopädie

Prof.-Paul-Köhler-Str. 3 | 08645 Bad Elster | Hotline: 0800/751 11 11
info@dekimed.de | www.dekimed.de

Ein Unternehmen der Celenus-Gruppe

(Von allen Kostenträgern zur stationären Vorsorge und Reha anerkannt)

Gleiches unter Gleichen – VDRJugend nimmt Bedingungen zur Arbeit als Lehrkraft der einzelnen Bundesländer unter die Lupe

Einmal jährlich werden Vertreterinnen und Vertreter aus allen Landesverbänden des VDR zum dreitägigen Seminar der VDRJugend eingeladen. Bestenfalls entspringt die Vertretung aus einem Team für junge Lehrkräfte des jeweiligen Landesverbandes.



Hintere Reihe v. l. n. r.: Maren Sassenroth, Vorsitzende VRB Junge Lehrkräfte RLP; Martina Frohberg, brlvj; Tanja Heger, Vorsitzende brvj und stv. Vorsitzende VDRJugend; Julia Pöllinger, ausscheidende stv. Vorsitzende der VDRJugend (stv. Vorsitzende brlvj); Nadine Genau, brlvj; Marcel Werner, lehrer nrw
Vordere Reihe v. l. n. r.: Nico Cordes, (RLP) Schriftführer der VDRJugend; René Michel, stv. Vorsitzender VDRJugend und Vorsitzender SLVJ; Saskia Tittgen, Vorsitzende der VDRJugend (RLP)

Das erste Präsenztreffen nach Beginn der Corona-Pandemie sollte auch das letzte im dbb-Forum Siebengebirge in Königswinter sein. In dieser idyllischen Location trafen sich junge und junggebliebene Lehrerinnen und Lehrer aus Bayern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Rheinland-Pfalz, um über bildungspolitische Themen zu besprechen und gemeinsam Forderungen abzuleiten.

Nach einer gemeinsamen Vorstellungsrunde wurde zunächst durch die Vorsitzende der VDRJugend, Saskia Tittgen, ein Rechenschaftsbericht abgelegt, aus dem unter anderem hervorging, dass die Zusammenarbeit mit der dbb Jugend gestärkt wurde. Es folgte eine inhaltliche Diskussion mit den Schwerpunkten „Ausbildung und Berufseinstieg.“ An dieser beteiligte sich auch Jürgen Böhm, der es sich als Bundesvorsitzender nicht nehmen ließ, die Arbeit der VDRJugend zu würdigen. Die massiven Unterschiede der einzelnen Länder wurden herausgearbeitet. Dabei ging es unter anderem um die Vergabe von Planstellen und die möglichen Bewerbungsverfahren.

KARRIERECHANCEN UNGLEICH

In diesem Zusammenhang wurden auch die Karrierechancen im Schulsystem gegenübergestellt. Die Voraussetzungen für die Bewerbung auf eine Funktionsstelle sind ungleich. Genauer: Die Definition der einschlägigen Berufserfahrung, die für eine solche Bewerbung notwendig ist, ist weit gedeutet. Während mancherorts lediglich befristete Arbeitsverhältnisse nicht ausreichend sind, sind es bei anderen die Arbeitszeiten erst ab dem Tag der Verbeamtung auf Lebenszeit (und nicht ab der Verbeamtung auf Probe). „Die Qualität der Berufserfahrung und damit die der Arbeitsleistung kann nicht an der Art des Beschäftigungsverhältnisses festgemacht werden“, so Saskia Tittgen.

Maßgeblich wurden auch die Unterschiede der Eingruppierung und der Sparmaßnahmen der einzelnen Länder diskutiert. Insgesamt ist sich die VDRJugend einig, dass das Lehramt gestärkt und attraktiver gestaltet werden muss! Dazu konnten folgende Forderungen abgeleitet werden:

- Verbeamtung und gleiche Bezahlung für alle Lehrkräfte!
- Vertretungsreserve – 100 Prozent plus X!
- Beibehaltung und Stärkung des gegliederten Schulwesens!
- Durch reguläre Aufstiegsmöglichkeiten Anreize schaffen

Neben diesen und anderen bildungspolitischen Themen wurde auch die Verbandsarbeit und damit die Mitgliederwerbung in den Blick genommen. Fokussiert wurden Begrüßungsveranstaltungen für Lehramtsanwärterinnen und –anwärter. In einem ‚Markt der Möglichkeiten‘ wurden Informations- und Werbematerialien präsentiert. Gerade dieses Vergleichsangebot wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern als besonders gewinnbringend für die Arbeit im eigenen Landesverband angesehen.

Aber nicht nur das persönliche Engagement im eigenen Landesverband konnte etwas mitgenommen werden. Denn ein weiteres Element der Tagung war ein Workshop mit Frau Cramer, in dem es um Persönlichkeitsentwicklung ging. Je nach individueller Persönlichkeit wurden Strategien im Umgang mit Stärken und Schwächen angedacht.

Die VDRJugend hat in ihrer Ordnung verankert, dass sie sich eigenverantwortlich für die wirtschaftlichen und sozialen, berufs- und bildungspolitischen Interessen ihrer Mitglieder einsetzt. Dabei wählt sie aus den eigenen Reihen einen Vorstand. Während Saskia Tittgen (VRB Rheinland-Pfalz) weiterhin die Vorsitzende ist, wurden Tanja Heger (Bayrischer Realschullehrerverband) und René Michel (Sächsischer Lehrerverband) einstimmig für die nächsten zwei Jahren zu den stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Ebenso einstimmig wurde Nico Cordes (VRB Rheinland-Pfalz) zum Schriftführer benannt. Den ausscheidenden Vorstandsmitgliedern Julia Pöllinger, Christoph Brunk (beide brlv) und Dominic Altmeier (VRB Saarland) sei auch an dieser Stelle noch einmal für ihr Engagement gedankt.

Fachtagung: Veränderungen erfolgreich bewältigen

Strategien und Methoden eines Veränderungsmanagements unter Berücksichtigung der Arbeitsbedingungen von Frauen lautete der Titel der Fachtagung der VDR-Frauenvertretung. Diese fand vom 6. bis 8. Mai 2022 in der dbb-Akademie in Königswinter statt.



Kerstin Jonas (mitte) und Nicole Weiß-Urbach (rechts) mit Referentin Corinna Kriesemer

Zur Absicherung und Weiterentwicklung ihrer Forderungen veranstaltet die Frauenvertretung regelmäßig Fachtagungen, die aktuelle Fragen aus Schule und Gesellschaft aufgreifen. Dieses Mal ging es um die vorausschauende und möglichst vorentlastete Bewältigung von Veränderungen.

Über seine allgemeine Bedeutung hinaus erwies sich das Thema für die Frauenvertretung in besonderer Weise als geeignet, weil weibliche Lehrkräfte nicht selten von Veränderungen in doppelter Weise betroffen sind. Veränderte Aufgabenbereiche an ihren Schulen – zum Beispiel die Einführung der Ganztagsbetreuung, die Einrichtung von Sprachförderklassen zur Betreuung ukrainischer Kinder und Jugendlicher, Aufgaben der Inklusion etc. – wirken sich für weibliche Lehrkräfte vor allem dann als zusätzliche Belastung aus, wenn zu Hause auch noch eigene Kinder zu betreuen oder Angehörige zu pflegen sind. Diese Aufgaben bleiben noch immer in der Regel an den weiblichen Familienmitgliedern hängen.

„MAN KANN DIE WELT ODER SICH SELBST ÄNDERN“

Als Fachreferentin konnte Corinna Kriesemer gewonnen werden, deren Ausführungen sich vorrangig auf das Acht-Stufen-Programm des US-amerikanischen Psychologen John P. Kotter stützten. Im Bereich Change-Management ist das Acht-Stufen-Modell eines von vielen Phasen-Modellen von organisatorischen Veränderungsprozessen. In der Forschung lässt sich zunehmend das Bemühen beobachten, verschiedenen Change-Management-Modelle zu integrieren und einen leicht zugänglichen, praxisorientierten Konsens über Grundprinzipien in der Gestaltung von Veränderungsprozessen zu schaffen.

Es wurde deutlich, dass zu einem erfolgreichen Umgang mit Veränderungen Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen gehören.

Ferner sind dazu Kenntnisse der eigenen Person, Selbstwertgefühl und eine höhere Unabhängigkeit von der Wertschätzung anderer wichtig. Das bedeutet, dass man in der Lage sein muss, sich und anderen Grenzen zu setzen und gelegentlich den Mut aufzubringen hat, auch einmal „Nein“ zu sagen.

In weiteren Abschnitten ihres „Drehbuchs“ ging Kriesemer auf Lernerfahrungen ein, die im Verlauf einer Veränderung erworben werden, und wie diese zu einer persönlichen Weiterentwicklung beitragen können. Auf der Basis neuer Lernerfahrungen könne sich eine veränderte Haltung gegenüber Veränderungsprozessen ergeben, sodass schließlich sogar eine neue Rolle, zum Beispiel die einer „Botschafterin“ für einen neuen Sachverhalt eingenommen werden kann. Wenn es Betroffene schaffen, aus einer „Opferrolle“ herauszufinden, könne dies zu einer weiterentwickelten Veränderungskompetenz, zu einer gestärkten Resilienz führen und damit einen Erfolgsfaktor sowohl im Berufs- wie auch im Privatleben darstellen.

Für den letzten Abschnitt stellte die Moderatorin eine Abfolge von Schritten vor, die sich für eine Strategie zur Akzeptanz von Veränderungen, für deren Integration in einen Gesamtzusammenhang und deren Initiierung eignen. Die Beantwortung folgender Leitfragen erachtete sie als besonders wichtig und zielführend: Welche Maßnahmen brauche ich, um meine Ziele erreichen zu können? Wie setze ich diese Maßnahmen um? Was fehlt mir, um die Maßnahmen umsetzen zu können? Wie gehe ich mit Unsicherheiten und Risiken um? Wie überprüfe ich den Fortschritt? An den Schluss ihres „Drehbuchs“ stellte Kriesemer ein Zitat von Mark Twain, das die Schwierigkeiten von Veränderungen auch literarisch deutet: „Man kann die Welt oder sich selbst ändern. Das Zweite ist schwieriger.“

VDR-FRAUENVERTRETUNG INTERN

Am dritten und letzten Tag der Zusammenkunft wurden Verbandssinterna und weiterführende Vorhaben und Pläne für die Zukunft besprochen. So soll für eine noch breitere Akzeptanz frauenspezifischer Sachverhalte auf Bundesebene geworben werden. Auch kündigte Frauenbeauftragte Kerstin Jonas die Absicht an, ihre Kontakte zu den VDR-Landesverbänden weiter auszubauen und zu pflegen. Alle Anwesenden befürworteten die Fortsetzung der Fachtagungen der Frauenvertretung.

Das Seminar schloss mit der „kulinarischen“ Verabschiedung des aus Altersgründen aus seinem Amt ausscheidenden Chefredakteurs der Bundeszeitschrift „Bildung Real“, Karlheinz Kaden. Er hatte regelmäßig über die Aktivitäten der VDR-Frauenvertretung berichtet und sich für ihre Interessen eingesetzt. Ein herzliches Dankeschön der Teilnehmerinnen ging an Kerstin Jonas, ihre Stellvertreterin Nicole Weiß-Urbach und an Corinna Kriesemer für die umsichtige Planung und straffe Durchführung der Fachtagung. Beide Vorstandsämter sind in den besten Händen und lassen gute Ergebnisse auch für die Zukunft erwarten.

Text: Karlheinz Kaden
carlo-heinz.kaden@t-online.de



MITGLIEDERVERSAMMLUNG DER BUNDESINITIATIVE DIFFERENZIERTES SCHULWESEN WÄHLT NEUE VORSITZENDE



Von links: Stefan Graf (Amtschef des Kultusministeriums), Ingrid Ritt, Michael Schwägerl (Philologenverband), Walburga Krefting (KEG), Jürgen Böhm

Bei der Mitgliederversammlung der Bundesinitiative Differenziertes Schulwesen wurden die Weichen für die Zukunft gestellt. Ingrid Ritt trat als Vorsitzende nicht mehr an und übergab das Amt nach einstimmiger Wahl an Waltraud Eder vom Verband Deutscher Realschullehrer. Ritt wurde als Mitbegründerin der Initiative von der Versammlung zur Ehrenvorsitzenden gewählt.

Ingrid Ritt zog eine positive Bilanz ihrer Arbeit für die Initiative 3xmehr und für das mehrgliedrige Schulsystem. „Nach dreißig Jahren Bildungspolitik möchte ich mich herausnehmen. Die Zeit war bereichernd, bedeutete aber auch Stress und Aufwand. Die positiven Dinge überwiegen.“ Als Nachfolgerin schlug Ritt Waltraud Eder vom Verband Deutscher Realschullehrer vor. Sie sei auf der Bundesebene gut vernetzt und sehr aktiv, begründete Ritt.

NOCH VIEL ÜBERZEUGUNGS- ARBEIT ZU LEISTEN

In ihrer Vorstellung vor den Delegierten betonte die einstimmig zur Nachfolgerin von Ritt gewählte Waltraud Eder, dass Bil-

dung der einzige Rohstoff Deutschlands sei. „Wir waren einmal das Land der Erfinder, Dichter und Denker. Die Bildungsreformwut steuerte das differenzierte Schulwesen mit seinen Schularten und Abschlüssen auf einen Abgrund“, erklärte Eder. Bei all den Reformen sei Binnendifferenzierung als Lösung präsentiert worden, herausgekommen sei „ein Einheitsbrei, der alle, Schüler, Lehrkräfte und Eltern überfordert.“ Zehn Niveaustufen könnten Lehrkräfte im Unterricht nicht gerecht werden. „Wir dürfen nicht vollends den Anschluss verlieren. Die Gesellschaft und die Wirtschaft fordern gut ausgebildete Abschlusschüler. Insgesamt haben wir noch viel Überzeugungsarbeit zu leis-

ten.“ Als Realschuldirektorin kenne sie die Probleme auch aus der täglichen Arbeit.

Zum Stellvertreter von Waltraud Eder wurde in Abwesenheit Stefan Nowatschin, Leiter der Berufsbildenden Schule Uelzen gewählt.

Nachdem sich Anton Huber vom Bayerischen Realschullehrerverband nicht mehr zur Wahl gestellt hatte, wurde auch hier eine Nachfolge gewählt. Gesine Adamek, die als Syndikusanwältin bei der Landeselternschaft NRW arbeitet, wurde als weitere Stellvertreterin von Eder einstimmig zur stellvertretenden Vorsitzenden. „Mein Ziel sind demokratiefähige Bürger, egal von welcher Schulart sie kommen.“ Dabei wolle sie auch die Eltern mitnehmen.

Als Schatzmeister wurde Peter Gschrey von der Landeselternvertretung Realschulen Bayern neu ins Amt berufen. „Als Delegierter beim Bundeselternrat bekommt man mit, wo es schlecht läuft“, erklärte Gschrey.

Bestätigt wurde Bernd Sauer vom Philologenverband Baden-Württemberg als Schriftführer. Zu Rechnungsprüferinnen wurden Anette Batora, die seit 16 Jahren Geschäftsführerin der Landeselternvertretung der Gymnasien in Bayern ist, und Sabrina Dürr von der Landeselternvertretung Realschule Bayern, ernannt.

RESOLUTION: REFORMEN AUF DEN PRÜFSTAND STELLEN

In einer Resolution zur Mitgliederversammlung forderte der Verband gerade in Zeiten vielfacher Krisen das differenzierte Schulwesen und die berufliche Bildung zu stärken. Hier müsse es zu einer Wende kommen, nachdem es ein „Verdrängen der Leistungsorientierung aus den Schu-



len sowie (...) Absenken des Anforderungsniveaus und Inflation an guten Noten“ gegeben habe. Die Reformen der vergangenen Jahrzehnte müssten „durch ideologiefreie Evaluierung“ überprüft werden. Gefordert werden im Einzelnen:

- Neuausrichtung des schulischen Leistungsanspruchs in einem differenzierten Schulwesen, das gezielt fördert und auf den Beruf vorbereitet,
- Vorhaltung eines differenzierten Bildungsangebotes, das Schüler in ihren Neigungen und Fähigkeiten individuell fördert,
- Imagekampagne für die schulformbezogene Lehramtsausbildung für allgemeinbildende und berufliche Schulen,
- Zeitgemäße Aus-, Fort-, und Weiterbildung von Lehrkräften,
- 24-monatiges Referendariat und Erhalt der Staatsexamina,
- Weiterentwicklung der Fachdidaktiken und Einführung von E-Didaktik und Nachhaltigkeitslehrstühlen in Berufs- und Wirtschaftspädagogik,
- Berufsorientierung und Kooperation zwischen Schulen und Betrieben,
- Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung.

Bild oben links: Petra Griebel (iibk), Jürgen Böhm und die neu gewählte Bundesvorsitzende Waltraud Eder – Bild oben rechts: Ingrid Ritt im Gespräch mit Amtschef Stefan Graf
Bild darunter: Die Podiumsrunde diskutierte und verglich die Bildungsqualität von Einheitsschulsystemen mit dem differenzierten Schulwesen

Politik, Institute, Wirtschaft und das Kultusministerium waren auf der Festveranstaltung gut vertreten





Der neu gewählte Vorstand mit der Ehrenvorsitzenden Ingrid Ritt (2. von links) und auscheidendem Stellvertreter Anton Huber (ganz rechts); Peter Gschrey, Schatzmeister (links), Bernd Saur, Schriftführer (3. von links), Gesine Adameck, Stellvertreterin, Waltraud Eder, Bundesvorsitzende



Prof. Hartmut Esser, Universität Mannheim, belegte mit seinen Studien, dass Einheitsschulsysteme im Vergleich zum differenzierten Schulwesen das Nachsehen haben.

**PROF. HARTMUT ESSER:
PISA-STUDIEN FEHLSPEZIFIZIERT**

Scharfe Kritik an der Bildungspolitik der vergangenen Jahre übte der Soziologie-Professor Hartmut Esser von der Universität Mannheim in einem Vortrag. Die Pisa-Studien halte er für „fehlspezifiziert“. „Die These: Ich brauche Heterogenität, um mich um die Einzelfälle zu kümmern, ist Unfug. Durch Homogenisierung und Fokussierung in den Curricula kann man sich besser um die Einzelfälle kümmern. Hier passt die Umgebung zur Bereitschaft und dem individuellen Potenzial.“ Heterogenität sei dort gut, „wo schon alles super sei“. Was man endlich brauche, sei eine Studie über Integrierte Gesamtschulen in Deutschland. Studien aus Ungarn und den Niederlanden hätten schlechtere Ergebnisse gezeigt.

Aus seiner Arbeit an der Studie „Kognitive Homogenisierung, schulische Leistungen und soziale Bildungsungleichheit“ berichtete Esser, dass IQB und PISA Daten an ihn nicht weitergegeben hätten. Mit einer Hauptthese der PISA-Studien räumte er auf: „Es ist nicht die Schule, die diskriminiert, es sind die Eltern. Die Eltern weichen nach oben aus, wenn Schule nicht gegenhalten kann. Vor allem die Familien unten sind aber vorsichtig, einen höheren Bildungsgang für ihr Kind zu wählen, da sie das nicht kennen.“ Verbindlichkeit und Stringenz im Übertrittsverfahren seien die Faktoren erfolgreicher Bundesländer. Beide Faktoren motivierten auch Eltern bildungsferner Schichten und seien nachweislich hilfreich. „Dass Differenzierung Herkunftseffekte verschärft, ist offensichtlich falsch. Das kommt bei der nächsten

PISA-Studie bestimmt wieder raus“, konstatierte Esser. Kritisch setzte sich Esser auch mit der Geschichte der PISA-Ergebnisse auseinander. 2000 sei das finnische Wunder bei hoher Leistung und geringer Ungleichheit gefeiert worden. Dass 2012 Finnland und Schweden schlechtere Ergebnisse geliefert hätten und Deutschland bessere, habe keiner bemerkt. Und 2018 hätten Bayern und Sachsen mit ihren stringenten Übertrittssystemen Finnland überholt. Auch dass Intelligenz bei PISA eigentlich keine Rolle spiele, verwundere ihn. „Wie kann es sein, dass im Gegensatz zur Faktenlage argumentiert wird?“, fragte Esser in die Runde und forderte zur anschließenden Diskussionsrunde auf.

Anzeige

NEPS
Bildungsverläufe in Deutschland

Neue Studie
„Bildung für die Welt
von morgen“ startet im
Schuljahr 2022/2023

**NEPS ist die größte
Langzeitstudie zu
Bildung in Deutschland.
Über 100.000 Menschen
machen bereits mit!**

Jetzt informieren:
www.neps-studie.de

EINE STUDIE AM
LfBi
LEIBNIZ-INSTITUT FÜR
BILDUNGSVERLÄUFE

AUS DEN LÄNDERN

→ BADEN-WÜRTTEMBERG

Die Mitte macht's

Stabilität braucht Mitte wie umgekehrt – das ist Naturgesetz. Verliert etwas sein Gleichgewicht, verliert es Stabilität, stürzt, bricht, geht kaputt! Ob Seiltänzer, Baustatiker oder Psychologe, man weiß um den unerlässlichen Wert von Mitte.

Und nun, eingedenk des editorischen Rahmens, sei ein gedanklicher Galopp gestattet. Er führt vorbei an Städten ohne Stadtmitte und Preetönen, ohne mittige Frequenzanteile. Vorbei an zunehmend durch Minderheiten oktroyiertem Wertewandel im Schnellverfahren, was weder geschichtlich, organisch gewachsen noch getragen ist von einer breiten Mitte der Bevölkerung. Und er führt bis hin zu einer Gesellschaft ohne Mittelstand und hin zu dem hier eigentlich avisierten Thema. Nämlich, wie eine historisch immer wieder gescheiterte Ideologie dennoch auf den Wogen medial fataler Omnipräsenz bis zur Stunde eine missratene Bildungspolitik politisch reiten kann.

EINE POLITIK, DIE EINER GESELLSCHAFT AUF SCHULISCHEM WEGE IHRE MITTE, IHR GLEICHGEWICHT, IHRE STABILITÄT NIMMT.

Exemplarisch Baden-Württemberg: Hier war es seit den 70er Jahren gelungen, mit Einführung der Mittelschule, die bald den Namen Realschule tragen sollte, eine Schulart auf den Weg zu bringen, die realitätsorientiert der Vielfalt an Kindern gerecht wird. „Fleißigen Kindern vom Land“ (so ehemals die Formulierung) und Migrantenkindern (damals als Gastarbeiterkinder bezeichnet), die oft nicht aus akademischen Familien stammten. Ihnen wie selbstredend jedem sollte ein differenzierender, stets durchlässiger Weg zwischen damals gesellschaftlich noch hochgeschätzter Hauptschule und Gymnasium offen sein. Die drei wesentlichen Schularten Hauptschule, Realschule, Gymnasium und daneben die Förderschule waren konzeptionell sehr gut aufeinander abgestimmt. Sie ergänzten sich, orientierten sich an der Leistungsfähigkeit der Kinder und hatten erhebliche Schnittmengen. Auch deshalb waren sie durchlässig in alle Richtungen.

Das Zusammenspiel von Abstraktion und hoher Praxisorientierung öffnete Realschülern bald ein weites berufliches Feld. Ebenso bewährte sich die Zusammenarbeit der Realschulen mit den beruflichen

Schulen und deren gymnasialen Zügen, sodass sich die Realschule zur Aufsteigerschule schlechthin entwickelte. Mit einem eigenständigen, unverwechselbaren pädagogischen Profil, dessen Kernstück Methodenvielfalt wie auch hohe Fachlichkeit beinhaltet, wurde die Realschule unverzichtbarer Teil einer mannigfaltigen, differenzierten Schullandschaft. Sie trug Kindern in all ihrer Unterschiedlichkeit genau damit Rechnung, indem sie pädagogisch unterschiedliche Wege bzw. Schularten bereitstellte.

VIELE „CLEVERLE“ BEGANNEN IHRE KARRIERE IN DEN REALSCHULEN

So kamen dann die bundesweit bekannten ‚Cleverle‘ Baden-Württembergs eben nicht nur vom Gymnasium, sondern auf verschiedensten Wegen daher und machten das Bundesland zu dem stabilen Wirtschaftsstandort, der es heute leider nur noch bedingt ist. In keinem Bundesland gab es einen so ausgeprägten Mittelstand, der sowohl Wohlstand brachte als auch garantierte. Äußerst erfolgreich und verlässlich, weil innovativ, weil stets am pädagogischen Puls der Zeit, kam die Realschule durch Jahrzehnte ohne größere Reformen bis zur Landtagswahl 2011. Danach wurde die bislang hauptsächlich aus CDU und FDP gebildete Landesregierung von einer aus Grünen und SPD gebildeten Koalition abgelöst. Es würde den Rahmen sprengen, alle Verwerfungen und tektonischen Verschiebungen in der Bildungslandschaft, die Grün-Rot ohne Not unverzüglich anrichtete, zu beschreiben und deren Kreuzzug unter der Monstranz ‚Gemeinschaftsschule/Einheitsschule‘ gegen ein vielgliedriges Schulsystem, insbesondere gegen die Realschule.

‚Krieg und Frieden‘ wäre eine Kurzgeschichte dagegen und Stephen King ein Romancier des Idylls. Zeugnis der ursächlich in einer grün-roten Landesregierung durch ein SPD geführtes Kultusministerium angerichteten Bildungsmisere ist Baden-Württembergs Absturz in Ländervergleichen von einstigen Spitzenpositionen

ins hintere Mittelfeld, wo es jetzt vor sich hindümpelt.

An welchen Stellschrauben beim Angriff auf ein stabiles Bildungssystem gedreht wurde, ist zwar am Beispiel Baden-Württembergs wegen der Jähheit gut nachzuvollziehen, der Vorgang an sich ist aber in fast allen Bundesländern mit zumindest übergangsweise linksorientierten Regierungen vergleichbar.

‚Eine Schule für alle‘, ‚Chancengleichheit‘, ‚Abitur für alle‘ sind Schlagwörter für einen ideologisch herbeifanatisierten Egalitarismus in der Bildungspolitik, dessen ausgewiesene Feinde ‚Vielfalt‘ und ‚Leistung‘ heißen. Dabei bietet gerade die Aufteilung der Kinder nach Leistung und kognitiven Fähigkeiten und nicht nach leistungsfremden Einflüssen wie soziale Herkunft die gerechtesten Chancen für eine erfolgreiche Bildungsbiografie! Das naive Versprechen einer Wolkenkuckucksheim-Schule für alle ist in allen Bundesländern mittlerweile glorreich gescheitert. Mit dem Versprechen von Schule ohne Anstrengung, Druck und Noten und unterstützt von teuer bezahlten, ideologisierten Gutachten, gehen Parteien auf Wählerfang. Aber an den alltäglichen Frühstückstischen von Eltern mit ihren Kindern ist die Welt mit deren tatsächlichen Kümernissen, Sorgen und Hoffnungen eine andere.

Allerdings ist es der Politik fast überall gelungen, eine ehemals stabile Mitte zu schwächen oder auszuhöhlen. Realschulen werden, so sie noch nicht Gemeinschafts-/Einheitsschulen weichen mussten, zur Fassade einer zur Unkenntlichkeit vereinheitlichten Schulart neben dem Gymnasium heruntergewirtschaftet. Die gerade für überwiegend praktisch begabte Schüler notwendigen Hauptschulen verschwinden völlig. Gleiches geschieht mit den Förderschulen für Kinder mit Lernschwächen. Man entzieht sich der Verantwortung einer sinnvollen Zuordnung der Kinder nach ihrer Leistungsfähigkeit und überlässt es dem Gutdünken von Eltern zu entscheiden.

Was mit dem hehren Begriff ‚Elternwille‘ besetzt ist, bedeutet in der Realität nur allzu oft deren Überforderung. Eine über die Grundschulzeit fachlich-pädagogisch

begründet herbeigeführte verbindliche Grundschulpflicht findet in grünroten Modellen nicht statt. Sie bedeutete in einem vielgliedrigen, stets durchlässigen System aber noch nie Aussortierung, sondern Chance! Der Schulalltag ist in erschreckendem Ausmaß auch deshalb voll von gebrochenen Bildungsbiografien von Kindern und im Nachhinein hilflosen Eltern. So verschließen sich sukzessive unterschiedliche, vielfältige Wege, die den Kindern und Jugendlichen offenstehen würden. Faktisch entsteht eine Monokultur in Bildungsangelegenheiten.

Unterschiedliche Kinder brauchen jedoch unterschiedliche Schularten für ihre vielfältigen Zukunftsentwürfe! Jedes Kind hat das Recht in seiner Schulart begabungsgerecht gefördert zu werden und das mit

allen didaktischen und methodischen Mitteln, die uns dafür zur Verfügung stehen. Das beginnt mit einer qualitativ hohen Lehrerausbildung, die schulartspezifisch qualifizierte Lehrkräfte ausbildet. Es geht weiter über einen differenzierten Unterricht, der den unterschiedlichen Kindern jeweils entsprechende Leistungsanreize setzen kann, um sie auf zukünftige Herausforderungen vorzubereiten. Und es endet in unterschiedlichen, qualitativ hochwertigen und aussagekräftigen Abschlüssen.

Denn was passiert, wenn die Mitte eines Bildungssystems ausgehöhlt wird oder fehlt, erleben wir im Moment drastisch. Der Akademisierungswahn verschafft uns einen noch nie dagewesenen Fachkräftemangel. Groß ist das Gejammer über Jugendliche, die sich nicht für eine Aus-

bildung interessieren oder den Leistungsansprüchen der Arbeitswelt nicht gerecht werden können. Das Abitur verliert aufgrund ständiger Nivellierung nach unten seinen Wert. Der Mittelstand und das Handwerk vermissen die qualifizierten Realschulabsolventen. Fakt ist, dass internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen vor allem auf ihrem Personal und zwar dem Fachpersonal auf allen Qualifikationsstufen beruht. Es ist allerhöchste Zeit Zusammenhänge zu erkennen, Bildung wieder an gesellschaftlicher Realität auszurichten und ein differenziertes Schulsystem mit einer starken Mitte zu schaffen.

Dr. Karin Broszat, Landesvorsitzende des Realschullehrerverbands Baden-Württemberg RLV, verfasste diesen Gastbeitrag für The Germanz.

→ **NORDRHEIN-WESTFALEN**

Pacta sunt servanda!



Sven Christoffer und Sarah Wanders mit Schulministerin Dorothee Feller und Staatssekretär Dr. Urban Mauer

Gewerkschaftsarbeit wirkt – wie sich am Koalitionsvertrag zeigt. Doch gemessen wird die neue Landesregierung an ihren Taten.

Nach zügigen Sondierungsgesprächen und Koalitionsverhandlungen ist der „Zukunftsvertrag für Nordrhein-Westfalen“ noch vor den Sommerferien von der CDU und den Grünen unterzeichnet worden. Erfreulich aus Sicht von Lehrer nrw ist, dass sich im Bereich „Schule und Bildung“ viele Punkte finden, die unseren Verbandsforderungen entsprechen. Beharrliche Gewerkschaftsarbeit zahlt sich also aus – vorerst allerdings nur auf dem Papier. Ein Überblick:

SCHULVIELFALT

Die Koalitionspartner bekennen sich zum Schulfrieden und zu „*unserem vielfältigen Schulsystem*“.

Im Januar hatte ich zuletzt die Gelegenheit, im Landtag Schulvielfalt als Stärke herauszustellen: „An dieser Stelle würde ich gerne noch einmal eine Lanze brechen für das nordrhein-westfälische Schulsystem. Wir haben in Nordrhein-Westfalen eine Schulvielfalt, die ein breites Angebot bereithält – aus meiner Sicht eine enorme Stärke. Wir haben Schulformen, die sich Differenzierung und kognitive Homogenisierung auf ihre Fahnen geschrieben haben. Wir haben Schulformen, die Kooperation und Kollaboration in den Mittelpunkt stellen. Wir haben die Neigungsdifferenzierung und die Berufswahlorientierung an unseren Realschulen. Und wir haben große Systeme, aber auch kleine, sehr behütete. Und auch die werden von einigen Schülerinnen und Schülern in besonderer Weise benötigt, weil sie sich dort besonders aufgehoben und individuell betreut fühlen.“

REALSCHULEN MIT HAUPTSCHULBILDUNGSGANG

„Wir ermöglichen Hauptschulbildungsgänge ab Klasse 5 an Realschulen und ändern § 132c SchulG NRW.“

Ein Schritt in die richtige Richtung, er darf allerdings nicht der einzige bleiben. Im Frühjahr hatte Lehrer nrw in einem Schreiben an alle Parteien einen konstruktiven und ergebnisoffenen Dialog angeboten, um das Konstrukt der 132c-Schulen in Gänze zu überdenken: „Aus unserer Sicht ist der Hauptschulbildungsgang an Realschulen in seiner derzeitigen Ausgestaltung nicht

tragfähig, die 132c-Schulen bedürfen einer grundlegenden Neuausrichtung.“

FOKUSSIERUNG AUF DEN UNTERRICHT

„Wir werden die Lehrkräfte von Bürokratie und Verwaltungsaufgaben entlasten und die Notwendigkeit von neuen Aufgaben kritisch überprüfen, damit sie sich stärker auf qualifizierten Unterricht konzentrieren.“

Im April hatte ich Gelegenheit, im Düsseldorfer Landtag anlässlich eines Werkstattgesprächs der CDU-Landtagsfraktion in einem Impulsvortrag zu dem Thema auszuführen: „Schule muss so organisiert sein, dass das pädagogische Personal sich auf das pädagogische Kerngeschäft – Unterrichten und Erziehen – fokussieren kann. Zu den Lehrerfunktionen gehören das Unterrichten, das Erziehen, das Diagnostizieren und Fördern, das Leistung messen und beurteilen, das Beraten, das Evaluieren, das Innovieren und Kooperieren, das Organisieren und Verwalten. Die Zunahme unterrichtsfremder Aufgaben in den letzten Jahren hat den Bereich des Organisierens und Verwaltens aufgebläht. Daraus ergibt sich zwangsläufig, dass weniger Zeit für das Kerngeschäft, nämlich die sorgfältige Planung, Vor- und Nachbereitung von Unterricht, übrig bleibt. Gleiches gilt für die mit Blick auf Schulorganisation und -entwicklung elementaren Teilbereiche Innovieren und Kooperieren. Schulen, in denen Organisation und Verwaltung Innovation und Kooperation erdrücken, werden nicht

vorankommen! In Zeiten gravierenden Lehrkräftemangels muss die 'Ressource Lehrkraft' deshalb fokussiert und zielgerichtet eingesetzt werden. Alle Aufgaben, die keinen pädagogischen Hintergrund haben und keinen pädagogischen Horizont erfordern, müssen outsourct werden.“

SOZIALWISSENSCHAFTEN

„Das Studienfach Sozialwissenschaften wird in seiner bisherigen Form fortgeführt und besteht aus den Teildisziplinen Ökonomie, Soziologie und Politikwissenschaft und berechtigt auch zum Unterrichten des Schulfachs Wirtschaft/Politik in der Sekundarstufe I bzw. des Schulfachs Sozialwissenschaften in der Sekundarstufe II.“

Olaf Korte leitet das Referat Schulleitung in unserem Verband und hat im Jahr 2021 sowohl im Landtag als auch in unserer Zeitschrift ein leidenschaftliches Plädoyer für das Fach gehalten: „Lehrer nrw hat sich sehr für die Einführung des Faches Wirtschaft eingesetzt und die Änderungen in den Stundentafeln begrüßt. Dass dies die Streichung des Faches Sozialwissenschaften zwangsläufig nach sich zieht, hält Lehrer nrw jedoch für falsch. Natürlich ist es gut, dass wir nun für das Fach Wirtschaft-Politik fachlich ausgebildete Lehrkräfte bekommen werden. Der Logik des Ministeriums folgend, dass eine fachwissenschaftliche Ausbildung Grundlage jeder Lehrtätigkeit ist, muss bei Beibehaltung des Faches Sozialwissenschaften selbstverständlich auch die fachwissenschaftliche Ausbildung in diesem Fach angeboten werden.“

A13 - STUFENPLAN

„Wir werden die Eingangsbesoldung für alle Lehrämter auf A13 anheben, die Besoldung

auch bei Bestandslehrkräften anpassen und in einer ersten Stufe im Nachtragshaushalt 2022 Mittel bereitstellen. Um dieses Ziel in der Legislaturperiode zu erreichen, werden wir alle Lehrämter in einem einheitlichen und verbindlichen Stufenplan durch die Gewährung von aufwachsenden und ruhegehaltsfähigen Zulagen zur Besoldung nach A13 führen.“

Lehrer nrw hat jahrelang für dieses Ziel gekämpft und vor den Landtagswahlen mit einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne für eine leistungsgerechte Bezahlung nach A13/E13 den Druck auf die Politik erhöht.

ERWEITERUNG DER FUNKTIONSTELLEN

„Wir schaffen Funktionsstellen Inklusion in erweiterten Schulleitungen.“

Bereits im vergangenen Jahr hatte Sarah Wanders (stellv. Vorsitzende des Lehrer nrw) in ihrem Artikel „Auch starke Schulleitungen können nicht alles tragen“ darauf hingewiesen, dass zeitgemäße Schulorganisation und fortschrittliche Schulentwicklung Führung und Steuerung brauchen: „In den letzten Jahren ist die Anzahl der Aufgaben, die Schule zu bewältigen hat, deutlich gestiegen. Integration, Inklusion und die digitale Transformation seien beispielhaft genannt. Die Verantwortung für diese Aufgaben muss auf mehr Schultern verteilt werden, als das heute der Fall ist. Dabei geht es um die Herausbildung größtmöglicher Expertise auf jedem einzelnen Aufgabenfeld. Deshalb braucht es als Schnittstelle zwischen Schulleitungen und Kollegium Expertinnen und Experten, die als Koordinatorinnen und Koordinatoren fungieren – beispielsweise für die Inklusion oder die Digitalisierung.“

BERUFLICHE BILDUNG

„Für uns sind die akademische und die berufliche Bildung gleichwertig. (...) Gemeinsam mit der Wirtschaft, den Sozialpartnern und den Kammern wollen wir Nordrhein-Westfalen zum Berufsbildungsland Nummer eins machen. Dafür stärken wir die Attraktivität sowie die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung. Nur wenn die Menschen die Chancen nicht nur der akademischen, sondern gleichwertig die der beruflichen Bildung ergreifen, gelingt die Fachkräftesicherung. (...) Schülerinnen und Schüler sollen durch entsprechende Angebote die Möglichkeiten der beruflichen Bildung systematisch und früher als bisher kennenlernen und sich schon in der Schule von den Chancen einer dualen Ausbildung überzeugen können.“

Die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung ist Lehrer nrw ein Herzensanliegen. Daraus folgt: Wer die duale Ausbildung stärken will, muss die Schulformen stärken, die in besonderer Weise auf die Ausbildungsreife ihrer Schülerinnen und Schüler hinwirken. Realschulen sind und bleiben in diesem Zusammenhang wichtige Kompassgeber!

EINE ZUKUNFTSAUFGABE DES VERBANDES

Pacta sunt servanda – Verträge sind einzuhalten. Es wird eine der Zukunftsaufgaben unseres Verbandes sein, die Landesregierung wieder und wieder an ihre Koalitionsversprechen zu erinnern und deren Umsetzung anzumahnen. Denn solange die Verheißungen nur auf dem Papier existieren, ist unseren Schulen nicht geholfen!

Sven Christoffer
Vorsitzender Länder nrw

→ BAYERN

Bildungspolitischer Empfang 2022

Nach zweijähriger coronabedingter Pause lud der Bayerische Realschullehrerverband am 21. Juni 2022 wieder zum Bildungspolitischen Empfang. Abgeordnete aus dem Bayerischen Landtag, Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft, der Kommunen, der Partner-Realschulverbände, aus den Stiftungen und dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus samt Ministerialbeauftragten fanden sich bei bestem Wetter im sommerlichen Palmengarten des Café Luitpold ein. In guter Tradition stellte der Verband seine jährliche Kampagne vor.

brlv-Vorsitzender Jürgen Böhm ging gleich in medias res und thematisierte den aufziehenden Lehrermangel an der Realschule. Er machte deutlich: „Wir müssen spätestens jetzt, junge Menschen direkt und gezielt ansprechen, damit sie den wichtigen Beruf der Realschullehrkraft ergreifen. Das sehen wir als eine wichtige Aufgabe unseres Verbandes“. Lehrer sei ein toller Beruf, den es sich lohne zu ergreifen. Das Studium für das Lehramt Realschule biete große Chancen, die auf eine Schulart vorbereite, die Theorie und Praxis ideal verbinde. Dies, so Böhm, bilde die Stärke der Realschulbildung. Er gab aber zu bedenken, dass man in



Landesvorsitzender Jürgen Böhm begrüßt die Gäste im Café Luitpold



Die Gesichter der Kampagne: Die anwesenden Protagonisten der Kampagne, allesamt junge Menschen, die entweder Realschullehramt studieren oder als Realschullehrkraft tätig sind, durften das von ihnen geprägte Roll-Up feierlich enthüllen, stellten sich vor und erläuterten ihre Motive für die Wahl des Berufs Realschullehrkraft.

vielen Bundesländern die Realschulbildung in den letzten Jahren sträflich vernachlässigt habe. „Für die heutige Zeit brauchen wir kluge Köpfe, brauchen wir Realisten und eine reale Bildung. Denn: Die Realisten bilden für das reale Leben aus und bereiten auf Gesellschaft und Beruf vor“.

Pressesprecher Dr. David Wawrzinek stellte die erste crossmediale Kampagne des Verbandes dann im Detail vor und informierte unter anderem über deren Ablauf und Umfang: „Unsere strategische Leitidee berücksichtigt die Lebenswirklichkeit der Hauptakteure, also der Realschülerinnen und Schülern sowie der angehenden oder bereits praktizierenden Realschullehrkräfte. Auch sollen die Kernwerte der Schulart Realschulbildung, die für Wirtschaft und

Gesellschaft unverzichtbar ist, realistisch und zeitgemäß abgebildet werden. Unser neuer Slogan lautet deshalb **Life is REAL. Du mittendrin. #Realschule.**

Jürgen Böhm dankte daraufhin den Teilnehmenden für ihr Engagement und fügte hinzu: „Bei uns ist alles Real Life! Es ist unheimlich wichtig, jungen Leuten den Lehrerberuf nahezubringen. Es ist unheimlich wichtig, dass wir eine differenzierte Lehrerausbildung bieten und diese aus dem Schattendasein der Universitäten herausbringen. Denn wir müssen die Besten für den Lehrerberuf motivieren!“. Auch die Wirtschaft sei an einer ordentlichen Lehrerversorgung interessiert: „Vor allem der Mittelstand will starke Realschulabsolventen, um die Anforderungen der Zukunft zu

bewältigen.“ Deshalb werde er sich auch in seiner neuen Funktion als Vorstandsmitglied des Didacta Verbandes für eine stärkere ökonomische Bildung und berufliche Orientierung in Deutschland einsetzen.

POLITISCHE GRUSSWORTE

Der bayerische Staatsminister für Unterricht und Kultus, Professor Michael Piazolo bezeichnete es als „Zeichen der Wertschätzung“ gegenüber der Realschule, dass so viele Kollegen aus dem Landtag gekommen sind: „Sie als Realschule sind ein zuverlässiger Partner in Bayern! Wir danken Ihnen für die stets konstruktive, lösungsorientierte Art und Weise.“ Zudem bekräftigte Piazolo, dass es eine bewusste Entscheidung



Professor Gerhard Waschler, Bildungspolitischer Sprecher der CSU-Fraktion

„Diese Imagekampagne ist großartig. Sie trifft das Herz der jungen Menschen, davon bin ich überzeugt und sie zeigt das Positive des Realschullehrerberufs auf eine überzeugende Art und Weise“.



Anna Schwamberger, Bildungspolitische Sprecherin Bündnis 90/Die Grünen

Sie bezeichnete die Kampagnenarbeit des brlv als „genial“, warnte die politischen Verantwortlichen aber davor, die eigenen Hausaufgaben zu vernachlässigen: „Ich finde es auch gut, dass Sie sich den Mut nicht nehmen lassen und zuversichtlich bleiben.“



Florian Streibl, Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler

„Die Differenziertheit der Bildungspolitik in Bayern ist ein Erfolg. Für jeden ist das Richtige dabei. Eine Gesellschaft kann nur funktionieren, wenn sie vielfältig ist und diese Vielfalt auch ihren Platz hat.“



Margit Wild, bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion

Selbst ehemalige Realschülerin, forderte den brlv auf: „Bleiben Sie eine starke Stimme. Das Ziel ist ja das gleiche. Sie sagen immer die richtigen Worte zur richtigen Zeit“.



Kultusminister Piazzolo bei seinem Grußwort

gewesen sei, im Kultusministerium eine eigene Abteilung für die Realschule zu haben: „Ich halte es für wichtig, die Schulen einzeln in den Blick zu nehmen. Die vielen anwesenden Gäste zeigen, wie wichtig die

Realschule in der Schullandschaft ist. Es macht die Realschule im differenzierten bayerischen Schulsystem aus, dass sie auf der einen Seite Allgemeinbildung und auf der anderen Seite Berufsorientierung vermittelt“.

Das letzte Grußwort des Abends sprach Matthias Fischbach, bildungspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, der die hohe Bedeutung der Realschulen für die Liberalen bekräftigte: „Nach einem Realschulabschluss stehen einem Schüler alle Wege offen. Das Vorankommen durch eigene Leistung wird durch ihre Schulart auch einzigartig verkörpert“.



Matthias Fischbach fordert mehr Wertschätzung für junge Lehrkräfte

Text: Alexander Georg, Dr. David Wawrzinek, Ralf Neugschwender und Waltraud Eder
Fotos: Chris Eberhardt

→ RHEINLAND-PFALZ

10. Ingelheimer Fachkongress des Verbandes Reale Bildung Rheinland-Pfalz (VRB)

Es sei keine Kunst, eine Veranstaltung mit einem so hohen Mehrwert inhaltlicher Art anzufangen, sie zu etablieren dagegen schon, so Timo Lichtenthäler, der Landesvorsitzende des VRB Rheinland-Pfalz in seinen Dankesworten zum 10. Ingelheimer Fachkongress des Verbandes Reale Bildung Rheinland-Pfalz (VRB) am 17. Mai 2022 in Ingelheim.



Bernd Karst, Ehrenvorsitzender des VRB

HISTORIE DES FACHKONGRESSES

Der Initiator und Leiter des Fachkongresses, Bernd Karst, hob hervor, dass der Fachkongress immer das Zeitgeschehen in den Fokus nahm und nimmt sowie dessen Auswirkungen auf Schule.

Dabei haben sich zwei Themenfelder herauskristallisiert, die in ihrer Aktualität nie an Bedeutung verloren haben: Schulentwicklung und das Leben in der digitalen Welt.

„SOCIAL MEDIA ALS INFORMATIONSQUELLE“

Ziel der diesjährigen Tagung war es Wissenschaft und Schule zusammenzubringen, um gemeinsam zu betrachten, wie sich die Informationslandschaft verändert hat, welche Perspektiven und Risiken sich daraus ergeben und wie in der Schule damit umgegangen werden sollte.

Dr. Svenja Schäfer, Medienwissenschaftlerin an der Universität Wien und Gastreferentin betrachtete das Internet als Informations- und Nachrichtenquelle in der Nachrichtenlandschaft mit der Möglichkeit der sozialen Partizipation und Interaktivität.

Durch diese Optionen des Internets wird die Nachrichtennutzung von Kindern und

Jugendlichen stark gesteuert, da ihre Auseinandersetzung mit Nachrichten vorwiegend in den sozialen Medien stattfindet.

Für Schule bedeutet dies konkret, dass Medienkompetenz als zentrale Fähigkeit bei Schülerinnen und Schülern, aber auch den Lehrkräften implementiert werden muss, um so den Umgang mit Nachrichtenquellen auf unterschiedlichen Kanälen zu trainieren. Dies bedinge auch einen stärken Austausch zwischen Schule und Wissenschaft.

WORKSHOPS

Das Angebot für einen konkreten und aktiven Austausch mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern setzten die Organisatoren des zehnten Fachkongresses in den Workshops für die Teilnehmenden um. Als Impulsgeber dieser Workshops konnten, neben Frau Dr. Schäfer, Nora Denner, Dr. Christine Meltzer, Dr. Pablo Jost und Pascal Schneiders, wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Universität Mainz gewonnen werden.

Die Themen der Workshops waren:

- Wissensillusion durch Social-Media als Nachrichtenquelle
- Fake News, Verschwörungstheorien und Co.: Falschmeldungen in den Sozialen Medien.
- Inzivilität im Netz: Hatespeech



Referentin Dr. Svenja Schäfer



Podiumsdiskussion zum Thema: „Ist die Schule für die digitalen Herausforderungen gewappnet?“ Moderator Timo Lichtenthäler im Gespräch mit Jürgen Böhm, VDR-Bundesvorsitzender, Dr. Svenja Schäfer, Medienwissenschaftlerin an der Universität Wien und Michael Eich, Stellvertretender Landesvorsitzender VRB Rheinland-Pfalz (v. l.)

und Cybermobbing

- Digital Campaigning
- Nachrichtennutzung von Jugendlichen

Eine Bilanz aller Workshops zeigt, dass die Möglichkeiten der digitalen Welt gleichzeitig zu immensen pädagogischen Herausforderungen führen, deren Bewältigung durch die mangelnden personellen, technischen und räumlichen Ressourcen zusätzlich erschwert werden.

**SCHULENTWICKLUNG
IM KONTEXT EINER
DIGITAL VERNETZTEN WELT**



Timo Lichtenthäler, der Landesvorsitzendes des VRB Rheinland-Pfalz

In seiner Rede zum Thema „Schule in der digital vernetzten Welt“ hob der Landesvorsitzende Timo Lichtenthäler hervor, dass nicht nur in der Schule der Zukunft, vielmehr auch in der Schule der Gegenwart Voraussetzungen dafür geschaffen werden müssen, damit die Schulen mit dem Tempo der Digitalisierung adäquat mithalten können.

Lichtenthäler plädierte daher für eine zeitgemäße Digitalisierungsausstattung, passende pädagogische Konzepte und für ziel- und bedarfsgerechtere Fortbildungen der Kolleginnen und Kollegen.

**PODIUMSDISKUSSION -
DIGITALE HERAUSFORDERUNGEN:
IST DIE SCHULE GEWAPPNET?**

Timo Lichtenthäler stellte als Moderator der Podiumsdiskussion die Frage, ob die Schule „gewappnet“ sei, junge Menschen auf das Leben in einer digitalen Welt vorzubereiten.

Als Teilnehmerin und Teilnehmer begrüßte er Dr. Svenja Schäfer vom Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien, den VDR-Bundesvorsitzenden Jürgen Böhm und den Vorsitzenden des Hauptpersonalrates Realschulen plus Michael Eich.

Dr. Svenja Schäfer legte dar, dass der Einsatz von sozialen Medien im Unterricht auch im Hinblick auf das angestrebte Ziel zu betrachten sei. Es gelte das Format an die inhaltlichen Bedürfnisse anzupassen – soll lediglich ein Überblick zu einer Thematik gegeben werden, so seien YouTube oder Instagram sicherlich eine Alternative.

Michael Eich, Schulleiter einer großen Realschule plus mit Fachoberschule, betonte, dass die Erwartungen an Schule und Lehrkräfte bei diesen Herausforderungen hoch sind. Es werde von Schule gefordert den Jugendlichen und Kindern die kritische Prüfung von Quellen und ein reflektierter Umgang bzgl. der Meinungsfreiheit zu vermitteln werde, jedoch sei gleichzeitig ein Fehlen dieser Kompetenzen in Teilen der Gesellschaft zu beobachten.

Der Bundesvorsitzende Jürgen Böhm stellte heraus, dass es keine digitale Bildung gebe, allerdings müssen die digitalen Angebote bei der Vermittlung von Bildung ausgeschöpft werden. Außerdem unterstrich er, dass ein kritischer Umgang mit Quellen

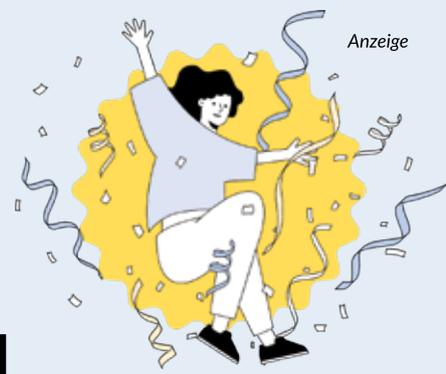
die Kompetenzen Lesen und Schreiben voraussetze. Daher sei es immer noch eine Kernaufgabe von gutem Unterricht, diese zu fördern.

Schon 2014 als Schulleiter habe er, Jürgen Böhm, angestrebt, dass die Digitalisierung in den Schulalltag seiner Realschule integriert werde. Bei der Vermittlung von digitalen Kenntnissen und dem Umgang mit Fake News oder „Halbwissen“ hob er die Bedeutung von Lehrerinnen und Lehrern als Persönlichkeit für die Schülerinnen und Schüler hervor. Gerade deshalb müssen Lehrkräfte digitale Experten werden. Um dies zu realisieren, fordert der Verband Zeit für digitale Fortbildungen während der Dienstzeit.

Timo Lichtenthäler resümierte abschließend, dass der Ingelheimer Fachkongress erneut ein hochaktuelles Thema aufgegriffen habe, mit vielen gesellschaftlichen Herausforderungen.

*Text: Monika Antoni, VRB Rheinland-Pfalz;
Fotos: Kristina Schäfer und Wolfgang Wünschel*

Der Verband Deutscher Realschullehrer und der Bayerische Realschullehrerverband laden Sie ein:



Fortbildungstag von Schulflix und Microsoft

am 16.11.2022, digital und kostenlos

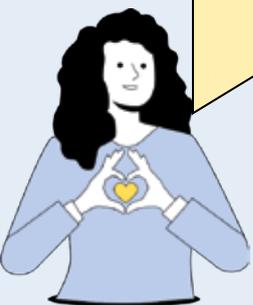
Eine Aktion rund um digitales Lernen und Weiterbildung für Lehrkräfte!

Darauf können Sie sich freuen:

- Über 100 interaktive Lerneinheiten: Kostenloser Zugang zum gesamten Schulflix-Angebot am 16. und 17. November 2022.
- Spannende Live-Formate von Microsoft zu den Themen Lernstandserhebungen, digitale Kompetenzen, Teams-ABC und OneNote.
- Digitales Lernen auch im Anschluss nutzen? Gutscheincodes für attraktive Rabattaktionen warten auf Sie.

Hi, wir sind Schulflix.

- Lehrkräftefortbildung: digital und praxisnah
- Direkt anwendbares Wissen zu aktuellen Themen aus Ihrem Schulalltag
- Mit wirksamer, motivierender Didaktik zum Lernerfolg
- Aus der Praxis für die Praxis



Digital durchstarten und von hilfreichen Tipps profitieren!



Jetzt zum Fortbildungstag anmelden:
schulflix.com
Haben Sie Fragen?
hallo@schulflix.com



W
DoppelVorteil
V

Wohnwünsche realisieren – doppelt profitieren. Kompetente Beratung und exklusive Vorteile für Sie und Ihre Familie.

Den Traum vom Eigenheim realisieren, die Anschlussfinanzierung regeln oder die erforderlichen Modernisierungs-Maßnahmen umsetzen. Vertrauen Sie auf die Sicherheit und Kompetenz Ihrer Bausparkasse für den öffentlichen Dienst.

dbb-Mitglieder und ihre Angehörigen (Ehe-/Lebenspartner, Kinder, Enkel) profitieren zusätzlich: halbe Abschlussgebühr beim Bausparen und attraktive Zinsvorteile in der Baufinanzierung.

dbb.wuestenrot-doppelvorteil.de/beratung

Besuchen Sie unsere Wüstenrot-Service-Center oder kontaktieren Sie uns per

E-Mail: dbb@wuestenrot.de

Telefon: 0228 2590-1532

 wohnen heißt
wüstenrot

Eine Bausparkasse für den öffentlichen Dienst

**Partner im
dbb vorsorgewerk**

 **wüstenrot**